

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher neue Zeitung. 1947-1949 1949

30 (11.2.1949)

KARLSRUHER NEUE ZEITUNG

Süddeutsche Allgemeine

Bezugpreis monatlich DM 2,40 einschließlich Trägergebühren, Postzusatz DM 2,50 zuzüglich Zustellgebühr — Anzeigenpreis: Die schwedische, 40 bis 60 Millimeter 1000 Meter-Grandpreis DM — 30, im übrigen nach der Zeit gültige Preisliste Nr. 3a. — Postabkürzung: Postbeamt Karlsruhe Nr. 80 338.

Erscheinungswiese: Täglich, außer Donnerstag und Sonntag. Redaktion, Verlagsabteilung und Druck: Karlsruhe, Weidenstraße 13. Telefon (Nr. 922923) (Druckerei Presse) Anzeigenannahme und Vertrieb: Karlsruhe, Kaiserstraße 99. Telefon 6649. Druck: Pflanzstraße 43. Eilingen, Leopoldstraße 5. Telefon 30. Buchhandlung Lohner.

3. Jahrgang / Nr. 30

Karlsruhe, Freitag, 11. Februar 1949

Einzelpreis 20 Pfennig

Hauptausschuß beendet Lesung des Grundgesetzes

BOHN, 10. Febr. (DENA) Die dritte Lesung des Grundgesetzentwurfes wurde am Donnerstag vom Hauptausschuß des Parlamentarischen Rates abgeschlossen. Der Entwurf wird jetzt dem Plenum zugeleitet, das sehr wahrscheinlich am Donnerstag nächster Woche mit der zweiten Lesung beginnen wird. Der Aeltestenrat wird am Freitag über den Zeitpunkt beraten, an dem der Hauptausschuß das Wahlgesetz erörtern wird. Der CDU-Abgeordnete Dr. Anton Pfeiffer bezeichnete den Abschluß der dritten Lesung im Hauptausschuß als einen Tag von großer Bedeutung. Er dankte dem Vorsitzenden Prof. Carlo Schmid mit herzlichen Worten für seine Geschäftsführung. „Daß wir heute das Grundgesetz in einer gewissen Form abschließen können“, sagte er, „ist zum großen Teil sein Verdienst.“ Diese Dankadresse gab Pfeiffer im Namen aller Fraktionen, mit Ausnahme der KPD, ab.

Alliierte sollen unter deutsche Verwaltung

BERLIN, 10. Febr. (DENA) Pläne zur Unterstellung aller in der britischen Zone lebenden alliierten Zivilisten unter deutsche Verwaltung wurden im Hauptquartier der britischen Rheinarmee in Lüneburger Heide zwischen Vertretern der britischen Militärregierung erörtert. In einem Memorandum des Hauptquartiers der britischen Rheinarmee wurde erklärt, daß es die Politik des britischen Militärgouverneurs sei, alle alliierten Zivilisten in der britischen Zone in das deutsche Wirtschaftsleben einzugliedern, sobald sich dies praktisch durchführen lasse. Ein entsprechendes britisches Plan soll dem Memorandum zufolge den Amerikanern und dem britischen Außenministerium unterbreitet werden. Der Plan sieht vor, daß — bis auf bestimmte Gruppen, die weiter Besatzungszoneprivilegien genießen sollen — alle alliierten Zivilisten nicht länger der Verwaltung der britischen Militärregierung, sondern der deutschen Verwaltung unterstellt werden. Eine Entscheidung über diesen Plan ist bisher noch nicht gefällt worden. Die Militärregierung erklärt dazu, mit der Verwirklichung dieses Projektes sei kaum vor Ende des Jahres zu rechnen.

Reimann im Krankenhaus

DÜSSELDORF, 10. Februar. (DENA) Max Reimann, ist auf Grund eines Magenleidens an dem er bereits vor seiner Inhaftierung litt, vor einigen Tagen nach einer ärztlichen Untersuchung in das Krankenhaus seines Düsseldorfer Gefängnisses eingeliefert worden. Der Zustand Reimanns hat sich jedoch, wie von zuständiger Seite mitgeteilt wird, während seines Gefängnisaufenthaltes nicht geändert. Die ärztliche Untersuchung fand auf Antrag Reimanns statt. Reimann hat im Gefängnis Krankenhaus Besuche empfangen.

Spionagegruppe aufgedeckt

BERLIN, 10. Febr. (DENA) In den Städten Görtitz, Weißwasser und Rottenburg in Sachsen ist, wie ADN meldet, eine „volksfeindliche Spionagegruppe“ und „Sabotageorganisation“ aufgedeckt worden. Bei den inzwischen verhafteten soll es sich um mehrere Mitglieder der LDP handeln, die zugegeben hätten, einer ausländischen Spionagetruppe in Berlin unterstanden zu haben.

Todesstrafe für Gandhis Mörder

NEUDELI, 10. Febr. (UP) Nathuran Vinayak Godse, der Mörder Mahatma Gandhis, wurde am Donnerstag zum Tode verurteilt. Apte, der zweite Mann, der wegen Teilnahme an der Ermordung Gandhis angeklagt war, wird diese Tat ebenfalls mit dem Leben bezahlen müssen. Beide Angeklagte nahmen den Urteilspruch ohne äußere Zeichen der Erregung entgegen. Fünf weitere Angeklagte, die ebenfalls an der Ermordung Gandhis beteiligt waren, wurden zu lebenslänglichen Haftstrafen verurteilt.

Welt-Rundschau

MAZATLAN SINALOA (Mexiko). (UP) Vor der mexikanischen Küste sank ein Küstenfrachter. Bisherige Suchmaßnahmen verliefen ergebnislos. — BUDAPEST. (UP) Der aus Ungarn ausgewiesene amerikanische Vizekonsul Robert Steussy ist aus Budapest in Richtung Wien abgereist. — TRIEST. (UP) Acht jugoslawische Offiziere, die an einem Fußballspiel nahe der italienischen Grenze teilnahmen, sind desertiert. — ROM. Am Dienstag wurden in Ancona zehn Personen verletzt, als die bewaffnete Polizei mit Fahrzeugen gegen Demonstranten vorging. — SOFIA. (UP) Nach der Auflösung zweier politischer Parteien existieren in Bulgarien nur noch die Kommunistische und die Landwirte-Partei. (Alle nicht gekennzeichneten Nachrichten: DENA)

Oesterreich-Konferenz bisher negativ

Die Vereinigten Staaten von Amerika erkennen die Gebietsforderungen Jugoslawiens nicht an

LONDON, 10. Febr. (UP) Vor Beginn der neuen Viermächteverhandlungen über den österreichischen Staatsvertrag am Mittwoch ließen die Vertreter der Westmächte bekanntgeben, daß seitens Großbritannien, der USA und Frankreichs keine neuen Vorschläge oder Angebote zum österreichischen Staatsvertrag zu machen seien. Der amerikanische Delegierte Dr. Samuel Reber erklärte später auf der Konferenz, daß die USA niemals die Erfüllung der jugoslawischen Gebietsforderungen gegenüber Oesterreich gutheissen würden. Die Sowjetunion hatte zu Beginn der Besprechungen die Einleitung Jugoslawiens gefordert, um seine Forderungen auf österreichisch-

jugoslawische Grenzbänderungen begründen zu können. Ueber den Antrag wurde kein Beschluß erzielt.

Die Sitzung wurde zunächst mit einer Verlesung der IT Klauseln des Staatsvertrages begonnen, über die bereits zwischen den vier Großmächten eine Einigung besteht. Dann ging man zu dem ersten in Frage stehenden Paragraphen über, dem Vorschlag, daß die vier Großmächte die österreichische Unabhängigkeit und die Grenzen von 1938 des Landes garantieren sollten. Die Sowjetunion erhob dagegen mit der Begründung Einspruch, daß dieser Paragraph unnötig sei. Für die Vereinigten Staaten erwiderte Samuel Reber, daß seine Regierung immer noch

eine allgemeine Garantie in den Vertrag aufgenommen haben möchte.

Der sowjetische Delegierte Sarubin kam dann auf die jugoslawischen Gebietsforderungen gegenüber Oesterreich zu sprechen und forderte eine Anhörung Jugoslawiens. Der amerikanische Delegierte Reber entgegnete hierauf, daß es nutzlos sei, Jugoslawien darüber erneut zu hören, da die Vereinigten Staaten einer Aenderung der österreichischen Grenzen niemals zustimmen würden. Nach anderthalbstündiger Sitzung verlagte sich dann der Rat der Außenministerstellvertreter, ohne daß ein Beschluß über die erste aufgeworfene Verfahrensfrage herbeigeführt worden wäre.

Laut DENA-APP brachten auch am Donnerstag die Besprechungen keine Entscheidung über den sowjetischen Vorschlag auf Zulassung Jugoslawiens. Die Westmächte beharrten auf ihrer Ablehnung, während die Sowjetunion ihren Vorschlag nochmals darlegte. Ueber die Frage der verschleppten Personen und Flüchtlinge in Oesterreich wurde bei der Erörterung des Artikels 15 ebenfalls keine Entscheidung gefaßt.

James Thomson, Kommentator des britischen Rundfunks, beschäftigte sich mit den wieder aufgenommenen London Viermächtebesprechungen über die Oesterreichfrage, die von besonderem Interesse seien, weil hier zum erstenmal die Friedensabsichten Sta-

lins auf die Probe gestellt werden könnten. Er ist der Ansicht, daß die Meinungsverschiedenheiten, an denen bisher ein Staatsvertrag für Oesterreich scheiterte, nicht unüberwindlich sind. Nachdem es in der Frage des ehemaligen deutschen Eigentums in der sowjetischen Besatzungszone Oesterreichs bereits bei früheren Verhandlungen zu einem Kompromiß gekommen sei, könne man annehmen, daß durch weitere Zugeständnisse eine endgültige Lösung gefunden werden kann.

Unterredung Reuter-Schuman

PARIS, 10. Febr. (UPI) Der Oberbürgermeister von Berlin, Ernst Reuter, hatte heute in Paris eine längere Unterredung mit dem französischen Außenminister Schuman. Reuter drückte sich über die Besprechung sehr befriedigt aus. Er erklärte, mit Außenminister Schuman dieselben Fragen diskutiert zu haben, wie in London mit Außenminister Bevin. Vor der Unterredung hatte ein Sprecher des Quai d'Orsay darauf hingewiesen, daß Frankreich nach wie vor gegen die Einbeziehung Berlins als 12. Land des zu schaffenden westdeutschen Staates sei.

Französische Ansprüche

BERLIN, 10. Febr. (DENA) In Kreisen der französischen Militärregierung wurde die Vermutung laut, daß Frankreich, abgesehen von unbedeutenden lokalen Veränderungen an den westdeutschen Grenzen nur in bezug auf den Hafen Kehl besondere Ansprüche geltend machen wird.

Frankreich ist anderer Ansicht

BERLIN, 10. Febr. (DENA) Maßgebliche Kreise der französischen Militärregierung definierten am Donnerstag die Einstellung Frankreichs zur Errichtung eines Internationalen Schiedsgerichtshofes in Westdeutschland, die mit der anglo-amerikanischen Ansicht über die Gestaltung dieses Gremiums nicht übereinstimme. Die französische Haltung sei vor allem durch den Wunsch gekennzeichnet, eine gerichtliche Körperschaft entstehen zu lassen, die keine bindenden Entscheidungen treffen könne, sondern lediglich der Beratung der alliierten Militärgouverneure dienen solle. Ein weiterer wichtiger Punkt, so hieß es, sei das französische Verlangen, Deutsche von der Mitarbeit am Schiedsgerichtshof auszuschließen. Die Beschlüsse des Schiedsgerichtshofes würden sich bei einer solchen Regelung hauptsächlich und fast ausschließlich auf die präsentierten Darstellungen der alliierten Behörden stützen müssen.

Russen sollen heimkehren

LONDON, 10. Febr. (UP) Der oberste Sowjet und der Minister der ukrainischen Sowjetrepublik haben an alle gegenwärtig in den westlichen Besatzungszonen Deutschlands und Oesterreichs lebenden Russen einen Aufruf erlassen, in dem diese aufgefordert werden, das „Sklavendasein“ im Auslande zu beenden und in die Heimat zurückzukehren, wo sie „väterlicher Fürsorge“ gewiß sein könnten. In dem Aufruf wird betont, es gäbe kein schwereres Schicksal, als vom Heimatboden getrennt zu sein und in der Fremde als „rechtloser Sklave“ leben zu müssen. Das sowjetische Vaterland vergesse keinen seiner Söhne und es benötige jetzt deren Hilfe für den Wiederaufbau des Landes.

Gesuch für Abbauverweigerer

BOCHUM, 10. Febr. (DENA) Die Verteidiger im Bochumer Demontage-Verweigererprozeß beantragten am Donnerstag die Haftentlassung der sechs vorurteilten Arbeiter gegen Stellung einer Kaution. Die britische Militärregierung in Düsseldorf hatte die Verteidiger aufgefordert, ein entsprechendes Gesuch an das Herforder Berufungsgericht zu richten. Gleichzeitig wurde die Verteidigung angewiesen, dieses Gesuch am Freitag einem Mitglied des britischen Berufungsgerichtes vorzutragen.

Bauernhöfe von DP's überfallen

EMDEN, 10. Febr. (UP) Die Emdener Polizei meldet, daß eine Bande polnischer DP's, die mit Maschinenpistolen ausgerüstet waren, mehrere Bauernhöfe überfallen hätten, um sie auszurauben. Die Bauern hätten sich jedoch tatkräftig gewehrt und die Polizei zu Hilfe gerufen. Es sei zu einer Schießerei gekommen, die aber ohne Verluste an Menschenleben verlaufen sei. Der Polizei sei es gelungen, zwei Mitglieder der Bande zu verhaften, während die übrigen auf einem Lastwagen entkommen konnten.

Kardinal Mindszenty in 15 Jahren frei

Ehemaliger Auslandskurier des Primas nach Oesterreich geflüchtet

BUDAPEST, 10. Febr. (DENA-REUTER) Kardinal Mindszenty, der am Dienstag zu einer lebenslänglichen Freiheitsstrafe verurteilt wurde, wird, wie ein hoher Beamter des ungarischen Justizministeriums erklärte, nach 15 Jahren freigelassen werden. Mit dem Fall Mindszentys wird sich, wie hier verlautet, in der kommenden Woche der ungarische oberste Gerichtshof befassen. Der Gerichtshof wird entscheiden, welche seiner fünf Kammern für das Berufungsverfahren zuständig ist.

Graf Zoltan Czak, der im ungarischen Gelbbuch zum Mindszenty-Prozeß als Auslandskurier Mindszentys bezeichnet worden ist, hat nach einem Bericht der Linzer Zeitung „Oesterreichische Nachrichten“ in Salzburg eingetroffen. Wie es in dem Bericht heißt, führt er bedeutende Dokumente zum Fall Mindszenty bei sich, sowie Briefe des Kardinals. Der Graf, der als führender ungarischer Monarchist gelte, und mit dem Kardinal auf der Anklagebank sitzen würde, wenn er nicht geflohen wäre, werde sich in Kürze nach den USA begeben.

Britische Note an Ungarn

LONDON, 10. Febr. (UP) Außenminister Bevin überreichte am Donnerstag dem hiesigen ungarischen Gesandten Janos Eros persönlich eine Note mit der britischen Stellungnahme zum Mindszenty-Prozeß. Bevin protestierte bei dieser Gelegenheit mündlich gegen die „unhöfliche“ Antwort der ungarischen Regierung auf die erste britische Note, in der die „berechtigte Forderung“ der britischen Regierung enthalten war, einen Beobachter zum Mindszenty-Prozeß

entsenden zu dürfen, berichtete ein Sprecher des Foreign Office. Der britische Gesandte in Budapest überreichte der ungarischen Regierung gleichzeitig eine gleichlautende Note.

Mindszenty-Prozeß ist „infam“

WASHINGTON, 10. Febr. (UP) In seiner üblichen Donnerstag-Pressokonferenz bezeichnete Präsident Truman den von der ungarischen Regierung gegen Kardinal Mindszenty geführten Prozeß als „infam“.

Landtag berät Beseitigung der Wohnungsnot

Innenminister Ulrich gibt das soziale Wohnungsbauprogramm bekannt

STUTTGART, 10. Febr. (SAZ) Vor überfüllten Tribünen trat am Donnerstag der württemberg-badische Landtag in die Beratungen über die Möglichkeiten der Beseitigung der drückenden Wohnungsnot ein. Ausgangspunkt bildete eine CDU-Anfrage:

a) welche Schritte die Regierung unternommen habe, um noch vor Beginn der Bauperiode ein umfassendes Wohnungsbauprogramm sicherzustellen; b) in welchem Umlange und unter welchen Bedingungen die Regierung bereit sei, finanzielle Mittel zur Verfügung zu stellen; c) wann die Durchführungsvorordnung im Aufbaugesetz zu erwarten sei; d) welche Maßnahmen getroffen seien, damit Baustoffe in genügender Menge und zu erträglichen Preisen bereitgestellt werden können und Bauleistungen und Baukosten gesenkt werden.

In der Begründung der Anfrage sagte Abg. Heurich, die CDU habe den Eindruck, als widme sich der Innenminister diesem schicksalhaften

Programm nicht mit genügender Energie. Seine Fraktion ließe sich aber vom Gegenteil gerne überraschen. Innenminister Ulrich gab daraufhin das soziale Wohnungsbauprogramm für 1949 bekannt, das wie im Innern dieser Ausgabe ausführlich wiedergegeben. Die Debatte hierüber wird die heutige Freitagsitzung des Landtags ausfüllen.

Ein neuer Landesdirektor

KARLSRUHE, 10. Febr. (SAZ) Der bisherige stellvertretende Landespräsident von Nordbaden, Landesdirektor Gustav Zimmermann, wurde durch den Ministerpräsidenten von Württemberg-Baden, Dr. Reinhold Maier, mit der Leitung des badischen Landespräsidiums beauftragt. Zu seiner Stellvertretung wurde der Leiter der Landesdirektion für Finanzen, Präsident Dr. Karl Amend, bestellt. Ueber die endgültige Ernennung wird noch entschieden. Ka

Das Staatsbegräbnis für Dr. Köhler

Große Anteilnahme der Bevölkerung an dem letzten Gang ihres „Landesvaters“

KARLSRUHE, 10. Febr. (SAZ) Am Mittwoch fand in Karlsruhe das eindrucksvolle Staatsbegräbnis für den verstorbenen „Landesvater“ Dr. Heinrich Köhler statt. Die Karlsruher Bevölkerung ließ es sich trotz der ungünstigen Witterung nicht nehmen, stundenlang vor der Bernharduskirche auf die Beendigung des Requiemes und der gemeinsamen Trauerfeier der Staatsregierung, der Landesverwaltung und der Stadtverwaltung Karlsruhe zu warten, um dann dem Toten, als der Trauerzug sich in Bewegung setzte, den letzten Gruß zu entbieten. Eine nach Tausenden zählende Menschenmenge bildete von der Kirche bis zum Hauptfriedhof Spaller, äußeres Zeichen dafür, welcher Verehrung und Wertschätzung sich der Tote in seiner Vaterstadt erfreute.

Ein Meer von Kränzen umstammte den im Chor der Kirche aufgestellten

und mit weißem Flieder geschmückten Sarg. Vor der Trauerfeier fand ein von Prälat Dr. Rude zelebriertes leviertes Totenamt statt, während Erzbischof Dr. Rauch die Gebete am Sarg sprach. Die Trauerfeier selbst (wie berichtet darüber ausführlich auf Seite 2) war von Trauerweisen der Badischen Staatskapelle umrahmt.

Von der Bernharduskirche aus wurde der Sarg durch Angehörige der Landespolizei zum Leichenwagen getragen. Die Trauerfeier stammte aus Erlingen, dem Wohnort des Verstorbenen seit Kriegsende, und dann setzte sich unter dem Geläute der Glocken aller Karlsruher Kirchen der Trauerzug in Bewegung. Vorweg berittene Polizei aus Mannheim, dann Abordnungen der Karlsruher und der Landespolizei, die auch einen Teil der prächtigen Kränze trugen, ein Bläserchor der Staatskapelle und die katholische Geistlichkeit mit

Erzbischof Dr. Rauch. Dem Sarg folgten die Angehörigen des Verstorbenen, die würt.-bad. Landesregierung, die Mitglieder der Militärregierung, die Verwaltungschefs der Landesbezirksverwaltung Baden, die übrigen Abordnungen der westdeutschen Regierungen, die Vertreter der Hochschulen, der Landtag, der Stadtrat von Karlsruhe und die übrigen Trauergäste.

Vom Friedhofseingang bis zum Ehrengrab bildete Landespolizei Spalier. Dem Wunsche des Verstorbenen entsprechend wurde am offenen Grab, an dem der Erzbischof die kirchlichen Gebete sprach, Schubert's Hellig, heilig, heilig ... gesungen (Männergesangverein Liederkränz); der Bläserchor spielte Trauermusik. Und dann wurde Heinrich Köhler, der große badische und deutsche Staatsmann, im Ehrengrab der Stadt Karlsruhe zur letzten Ruhe gebettet. W.



Links: Die Gattin und zwei Söhne des Verstorbenen am offenen Grab auf dem Karlsruher Hauptfriedhof (rechts Intendant Köhler-Helfrich). Rechts: Angehörige der Landespolizei tragen den Sarg aus der Bernharduskirche vom Hals Erzbischof Dr. Rauch.

Das Wohnungsbauprogramm der Regierung

Im Jahre 1949 sollen in Württemberg-Baden 12 000 Wohnungen gebaut werden

STUTTGART, 10. Febr. (SAZ). Innenminister Ulrich gab im Landtag einen umfassenden Überblick über die Wohnungsbauleistungen Württemberg-Badens und verkündete einen sozialen Wohnungsbau-Plan für das Jahr 1949 in dessen Rahmen der Bau von 12 000 Wohnungen geplant ist.

Nach einer Schilderung der bekannten Ursachen der Wohnungsnot gab der Minister Einblick in erschütterndes Zahlenmaterial, dem wir entnehmen, daß in Württemberg-Baden durch den Krieg 240 000 Wohnungen zerstört worden sind, d. h. 25 Prozent des Wohnraumes von 1939 und die Behausungen von rund 1 Million Menschen. Außerdem hat das Land 700 000 Flüchtlinge und 40 000 DP's aufgenommen. Die Militärregierung, die sich ersatzweise bemüht, dauernd Wohnraum freizumachen, befragt für ihre Organe und die DP's z. Tl. noch 38 000 Wohnräume. Insgesamt fehlen in Württemberg-Baden mindestens 300 000 Wohnungen für 1 1/2 Millionen Menschen. „Unser Volk“, sagte Minister Ulrich, „war in den letzten Jahren nicht untätig, sondern hat fleißig, zäh und erfolgreich am Aufbau gearbeitet, rund 80 000 Wohnungen mit etwa 350 000 Wohnräumen sind seit dem Zusammenbruch des Dritten Reiches durch beherrschende Planung und Selbsthilfe repariert und wieder bewohnbar gemacht oder neu gebaut worden. Wenn das Wohnungsland dennoch nicht fühlbar gelindert werden konnte, sondern noch größer geworden ist, so ist das die Folge des gewaltigen Umfanges der Zerstörungen und der Belastung unseres stark geschwüpften Wohnungsmarktes durch das Herabpressen von über 600 000 Flüchtlingen, Vertriebenen, Evakuierten, DP's usw. Wir hätten in den letzten Jahren weit mehr Wohnungen bauen können, wenn nicht nebensächlich sehr umfangreiche Bauarbeiten für die Besatzungsmächte, für Gewerbe und Industrie, für die Landwirtschaft und vor allem auch für den Verkehr hätten durchgeführt werden müssen.“

„Allein in Württemberg, so führt der Minister fort, seien 776 Brücken gesprengt, die — z. Tl. allerdings als Behelfsbauten — zu 80 Prozent wieder aufgebaut worden seien. Als impensable Leistung erwähnte der Minister den Wiederaufbau des zusammengebrochenen Eisenbahn-, Post-, Telefon-, Telegraphen-, Schiffs- und Straßenverkehrs.“

„Wer sich mit kritischem Blick in anderen Ländern und Besatzungszonen umsieht, findet bestätigt, was uns auch immer wieder Ausländer versichern: In keinem Lande Deutschlands ist seit 1945 fleißiger und erfolgreicher gearbeitet und aufgebaut worden, als bei uns in Württemberg-Baden.“

Wir sollten vor jenen fleißigen Arbeitskräften in Hochachtung und Dankbarkeit den Hut ziehen, die mit hungrigem Magen bei Wind und Wetter gearbeitet haben, statt nutzlos zu jammern und zu kritisieren.“

Im weiteren Verlauf seiner Rede zeichnete Minister Ulrich die Schwierigkeiten und Möglichkeiten einer Beseitigung der Wohnungsnot auf. Eine solche strengere Wohnungseinsparung und Aufnahme zweckentfremdeter Wohnräume bezeichnet er als Notbehelfe, die keine fühlbare Milderung der krassen Not bringen könnte. Unser Parole müsse lauten:

Bauen, bauen und noch einmal bauen!

Es gelte, Facharbeiter zu schulen, Hilfsarbeiter heranzuziehen und durch wirksame Berufsberatung und soziale Maßnahmen den schöpferischen, manuellen Beruf des Bauhandwerkers wieder begünstigt zu machen. Unsere Jugend möge bedenken, daß es in den nächsten Jahrzehnten wohl ein vielfach existenzvolles geistiges Proletariat, aber bei sinnvoller Planung keine arbeitslosen Maurer, Gipser, Zimmereulen und Dachdecker geben werde. Als wichtigste Forderung zur Anknüpfung des Bauwesens an die Baukosten-Indexer, der heute 350 Prozent über dem Stande von 1914 liegt und jeden privaten Wohnungsbau unrentabel gestaltet. Verfügbare private Kapitalien würden deswegen nicht im Wohnungsbau, sondern in lukrativen Geschäften und Beuten von Handel, Gewerbe, Industrie, Gaststätten, Kinos usw. investiert. Der Wohnungsbau aber müsse mit dem gewerblichen und industriellen Aufbau Hand in Hand gehen. Schlechte und überflüssige Wohnungen, die drangvoll enge Zusammenziehen und Zusammenschließen von alt und jung, unterwühle nicht nur Sitten und Moral, sondern auch Gesundheit, Arbeitskraft, Arbeitsfreude und Leistungsfähigkeit der so geschundenen und mißhandelten Menschen.

Wieviele Wohnungen benötigen wir?

Vor dem Kriege hatten wir in Württemberg-Baden eine Belegung von 0,8 Personen pro Wohnraum, heute beträgt die Durchschnittsbelegung 1,6 Personen pro Wohnraum. Wollten wir einen Wohnungsstandard von 1 Person pro Wohnraum schaffen, müßten wir in Württemberg-Baden 1,5 Millionen Wohnräume, also mindestens 500 000 Dreizehnerwohnungen bauen. Von der Verwirklichung eines so umfangreichen Programms kann natürlich keine Rede sein. Auch bezüglich des Wohnraums müssen wir uns für eine lange Zeit mit einer empfindlichen Senkung unseres Lebensstandards vertraut machen und versuchen, eine weitere Verschärfung der Lage zu verhindern und die schlimmsten Notstände zu mildern. Dem ist für Württemberg-Baden zunächst der Bau von 300 000 Wohnungen ein Minimalprogramm. Bei unserer Planung müssen wir ein weiteres Ansteigen der Bevölkerung ins Auge fassen, die im Jahre 1948 in Württemberg-Baden um 112 000 gestiegen ist. Dem Geburtenüberschuss (1948: 24 000) und dem Abgang von alten Wohnungen infolge Zerstörung und Brand in Rechnung stellend, müssen wir für die nächsten zwei Jahrzehnte einen Bedarf von mindestens 100 000 weiteren Wohnungen

ins Auge fassen. Wollen wir die Wohnungsnot in einem Zeitraum von 20 Jahren überwinden, so müssen in Württemberg-Baden also mindestens 400 000 Wohnungen gebaut werden, d. h. 20 Jahre lang pro Jahr 20 000 Wohnungen.

„Wir müssen unsere Bevölkerung“, rief der Minister aus, „die so bitter unter der Wohnungsnot leidet, mit der harten Wirklichkeit und mit der bitteren Wahrheit vertraut machen. Mittelstädte wie Pforzheim und Bruchsal, Heilbronn und Ulm sind in 30 Minuten in Schutt und Asche gesunken, es wird 30 Jahre harte und mühsame Arbeit bedürfen, um sie wieder aufzubauen. Da sich unter den obwaltenden Umständen das Privatkapital überhaupt nicht oder doch nur in verschwindend geringem Umfange dem Wohnungsbau zuwenden wird, ist es Pflicht und Aufgabe des Staates, den sozialen Wohnungsbau durch staatliche und kommunale Maßnahmen nach Kräften anzukurbeln und voranzutreiben. Es wird vor allem Aufgabe der Kreise und der kommunalen Selbstverwaltung sein, den sozialen Wohnungsbau in sinnvollem Zusammenwirken mit privaten und gemeinnützigen Baugesellschaften zu forcieren.“

Zur Senkung der Baukostenpreise müsse die Industrie künftig gewissenhafter kalkulieren und mit bescheidenem Gewinnen vorlieb nehmen. Die Baustoffwerke müßten so reichlich mit Kohlen beliefert werden, daß sie ihre volle Kapazität auslasten könnten. In dieser Beziehung habe Oberdirektor Dr. Pänder den Innen- und Aufbauminister der Länder erfolgreiche Zusagen gemacht. Im übrigen seien neue, rationellere Baumethoden anzuwenden, Normung und Typisierung für Türen und Fenster, Installationsmaterial, Treppen, Böden usw. seien notwendig, damit am Fließband gearbeitet werden könne. Vorschläge, Pläne, Zeichnungen und Ansätze praktischer Städte schon vor. Die Schichtarbeit durch Eigen- und Gemeinschaftsarbeit sei zu intensivieren, und die Gemeinden müßten billiges Bauland und Holz zur Verfügung stellen, Erschließungskosten und Anlegebeiträge erlassen und sozialen Wohnungsbauten Steuer- und Abgabenerleichterung gewähren.

Unser Bauprogramm für 1949

Die Innen- und Aufbauminister haben für das Baujahr 1949 ein Programm aufgestellt, das im Hinblick auf die Größe der Wohnungsnot als recht bescheiden, im Blick auf die Finanzierungs- und sonstigen Schwierigkeiten jedoch als kühn

bestimmt werden muß. Im Baujahr 1949 sollen in der Bzone 100 000 Wohnungen gebaut werden, wovon auf Württemberg-Baden anteilmäßig 10—12 000 Wohnungen entfallen würden. In den folgenden Jahren soll das Bauvolumen nach Kräften erweitert werden.

Bereits Ende Juli 1948 hat das Innenministerium für ein soziales Wohnungsbauprogramm auf die Zeit von 18 Monaten um die Summe von 95 Millionen D-Mark gebeten. Mit 29 Millionen D-Mark sollten solide Wohnungsbauteile unterstützt werden, die infolge der Währungsreform eingestellt werden müßten. Mit 75 Millionen D-Mark sollten bis Ende 1949 8 300 Wohnungen neu erbaut werden. Das Finanzministerium hat aber bis jetzt erst 10 Millionen D-Mark an die beiden Landesregierungen zugewiesen und weitere 10 Millionen zugesagt. Dennoch wird das Innenministerium auf der Forderung bestehen bleiben, im Staatshaushalt 1949 so viele Mittel einzustellen, wie erforderlich sind, um ein soziales Wohnungsbauprogramm von 12 000 Wohnungen durchzuführen. Es werden genaue Erhebungen dieser Bauten veranlaßt und Vorkerkennungen getroffen, daß die Fertigstellung nicht länger verzögert werden wird. Auf jeden Fall ist die Gesamtregierung der einheitlichen Auffassung, daß die größten Anstrengungen gemacht werden müssen, um aus Staatsmitteln und durch Erschließung aller sonstigen Geldquellen im Jahre 1949 ein möglichst umfangreiches Wohnungsbauprogramm durchführen zu können. Dabei geht es davon aus, daß für eine Wohnungseinheit aus Staatsmitteln ein unverzinsliches Darlehen oder ein verlorener Zuschuß für den unrentablen Teil in Höhe von rund 4 000 D-Mark notwendig sein wird. Das ergibt für die vorgesehene 12 000 Wohnungen insgesamt 48 Millionen D-Mark, die der Staatshaushalt 1949 für unser Wohnungsbauprogramm vorzusehen hätte. Die sogenannten rentierlichen Teile sollen mit Mitteln der Sparkassen, Hypothekendarlehen, Versicherungsunternehmen, der Post, des Landesarbeitsamtes (Reichsstock), des Mittelbaus, aus Importüberschüssen und der triozonalen Wiederaufbaubank gedeckt werden. Außerdem soll das Zweckkapital vor allem durch weitere Steuervergünstigungen noch populärer gemacht werden. Bei all diesen Quellen können heute noch keine konkreten Ziffern genannt werden, deshalb ist es notwendig, ohne Rücksicht auf fremde Hilfe auf kommunaler Ebene und bei allen am Wohnungsbauprogramm Interessierten zu versuchen, eine

Selbstfinanzierung zu organisieren. Eine Erhöhung der Mieten oder eine Wohnraumsteuer zur teilweisen Finanzierung des Wohnungsbaus lehnt Minister Ulrich ab, läßt aber das Problem einer Mietabgabe und die Anregung prüfen, daß Hortungs- und Währungsgewinnler, die kostspielige Vergnügungstätigkeiten und Läden bauen, verpflichtet werden sollen, zusätzlich angemessenen Wohnraum zu schaffen.

Richtlinien für das Programm 1949

Im folgenden legt Minister Ulrich die Richtlinien dar, die das Innenministerium ausgeben wird, um die Ausführung des Bauprogramms zu sichern:

1. In den Kreisen und Städten sind alle angefallenen Wohnungsbauteile zu ermitteln, die im Jahre 1949 fertiggestellt werden können, falls für sie noch Darlehen oder Zuschüsse aus Staatsmitteln gegeben werden. Die Fertigstellung dieser Wohnungen bildet den ersten Teil des Programms.
2. Das Innenministerium überläßt es grundsätzlich der Initiative und der Verantwortung der Gemeinden, Kreise und Städte, im Wettbewerb untereinander ein örtliches Wohnungsbauprogramm aufzustellen, das nicht auf das Jahr 1949 beschränkt zu werden braucht.
3. Das Innenministerium wird die Mittel, die das Finanzministerium für 1949 bereitstellen wird, nach Abzug der für stückengebliebenen Wohnungsbauteile erforderlichen Summe, nach einem Schlüssel auf die Kreise und Städte aufteilen, der sich aus der Einwohnerzahl und aus der Dringlichkeit des Wohnungsbedarfs jeweils ergibt.
4. Die Kreise und Städte werden verpflichtet, den Genossenschaftlichen Wohnungsbau im Bauprogramm 1949 in erster Linie zum Zuge kommen zu lassen.
5. Bei der Aufteilung der Mittel auf die Kreise und Städte wird die weitere Bedingung gestellt, daß im örtlichen Wohnungsbau-Programm auch die bessere Unterbringung der Personen vorgesehen wird, die in Massen- und Elendsquartieren kampieren und daß der vom Lebensausgleich betreute Personenkreis vorzugsweise bedacht wird.
6. Bei der Aufteilung der Mittel auf die Kreise und Städte wird weiter die Bedingung gestellt werden, daß die Neubürger bei der Zuteilung der genossenschaftlich erstellten Wohnungen angemessene Berücksichtigung finden.
7. Die Verwertung der Mittel, die hier aus dem Staatsbauplan gegeben

werden, steht der Landesregierungsstelle zu, in deren Beirat Vertreter des Landkreistages, des Städteverbandes und des Gemeindetages berufen werden müssen, damit deren Belange aus dem Wohnungsbauprogramm gewahrt bleiben.“

Das Innenministerium, so sagte Minister Ulrich weiter, wolle sich nur die oberste Planung, Aufteilung und Überwachung des Wohnungsbaues vorbehalten, und zwar nur in Form, die die örtliche Initiative nicht behindert. Ueber die Baustoffpreise äußerte er sich an Hand von Informationen des Wirtschaftsministeriums recht optimistisch. Die beteiligten Industriegruppen haben ihre Mitarbeit zugesagt und es ist auch zu hoffen, daß bei Vorliegen eines finanziell gesicherten Bauprogramms durch feste Verabredungen mit Industrie und Baugewerbe eine Senkung der Baukosten erreicht werden kann. Das Landesarbeitsamt hat sich wegen der Arbeitskräfte für das Wohnungsbauprogramm 1949 zuverlässig gelöst und ist nach übereinstimmenden Berichten in der Lage, die Anforderungen der Baustoffindustrie zu befriedigen.

Zunächst solle nunmehr eine zentrale Einrichtung geschaffen werden, mit dem Ziel, eine wesentliche Senkung der Baukosten durchzusetzen. Innerhalb dieser Einrichtung müßten die Interessen der Bauträger und der Bauwirtschaft zu Worte kommen.

Zum Schluß seiner Ausführungen nahm Minister Ulrich zu der Forderung Stellung, neu erbaute Wohnungen von der Zwangsbewirtschaftlung auszunehmen oder sie bevorzugt bei der Belegung zu behandeln. Er sagte hier wörtlich: „Die Stadt Hamburg hat vor kurzem als Vergünstigung und Anreiz festgelegt, daß derjenige, der ohne Inanspruchnahme öffentlicher Mittel eine Wohnung erbaut oder wiederherstellt, diese nur mit einer Person auf einen Raum zu belegen braucht. In Schleswig-Holstein und anderswärts werden gleiche Vergünstigungen gewährt. Wir sind bereit, in gleicher Richtung Bestimmungen zu treffen; sie müssen sich aber in einem psychologisch und sozial tragbaren und angemessenen Rahmen bewegen. Wer neuen Wohnraum schafft, soll den ersten Anspruch auf diesen Wohnraum haben; Wer neuen Wohnraum schafft, soll weitläufiger wohnen dürfen. Das alles soll gleichermaßen gelten für einen Hauseigentümer der baut, wie für einen Wohnungssuchenden, der einen Hauseigentümer mit seiner eigenen Arbeit und mit seinen Ersparnissen hilft, neuen Wohnraum zu schaffen.“

Abschied von dem „getreuen Ekkehart“

Die Trauerfeier der Staatsregierung, Landesbezirksverwaltung und Stadtverwaltung Karlsruhe für Dr. Heinrich Köhler

KARLSRUHE, 10. Febr. (SAZ). Unter den Hunderten von Trauergehlüssen aus allen drei Zonen Westdeutschlands, die sich am Mittwochvormittag in der Karlsruher Bernhardskirche zum Requiem und zu der offiziellen Trauerfeier eingefunden hatten, bemerkte man u. a.: die Mitglieder des württembergischen Kabinetts mit Ministerpräsident Dr. Reinhold Maier, den Direktor der Militärregierung von Württemberg-Baden, Generalmajor Gross, Seine Eminenz Erzbischof Dr. Rauch, den Präsidenten des Wirtschaftsrats, Dr. Erich Köhler, die Mitglieder des im Sonderzug nach Karlsruhe gekommenen Landtags mit Landtagspräsidenten Kell, den Ministerpräsidenten Stock (Hessen), Wirtschaftminister Dr. Wildermuth (Südwestfalen-Lippe), Landesdirektor Zimmermann mit den übrigen Mitgliedern der Landesverwaltung, Staatssekretär Dr. Müller (Bayern) und Minister a. D. Dr. Remmele. Ferner war der ehemalige Bürgermeister von Ettlingen, Theophil Kaufmann, als Vertreter des Parlamentarischen Rates erschienen, der Stadtkommandant in Karlsruhe, Mr. West, und sein Vertreter Mr. Gidaly, die Stadtverwaltung Karlsruhe und der Stadtrat mit Oberbürgermeister Töpfer an der Spitze, die Rektoren bzw. Prorektoren der Universitäten und Hochschulen in Karlsruhe, Heidelberg, Freiburg und Hohenheim, Oberkirchenrat Dr. Friedrich als Vertreter des erkrankten Landesbischofs D. Bender und Bischof Dr. Steinwachs für die katholische Kirche.

Nach dem feierlichen Requiem nahm zunächst Erzbischof Dr. Rauch das Wort. Minister Dr. Köhler, der sich fast ein ganzes Leben hindurch ein öffentliches Leben befüßt habe, sei organisch in innerer größerer Aufgaben hineingewachsen. Seine rastlose Arbeit für das Volk habe er mit sich gebracht, daß er auf persönliche Ruhe und Bequemlichkeit habe verzichten müssen. Die christliche Liebe als Grundtugend des menschlichen Lebens habe auch den Verstorbenen erfüllt. Drei von der gesamten Trauergemeinde gesprochene Vaterunser besaßen die kirchliche Feier, an die sich, eingeleitet durch den von der Stadtkapelle unter O. Materath gespielten Trauermarsch aus der „Eroica“ von L. v. Beethoven, die gemeinsame Trauerfeier der Staatsregierung, der Landesbezirksverwaltung und der Stadtverwaltung Karlsruhe angeschlossen.

„Er hat sich um das Vaterland verdient gemacht“

Ministerpräsident Dr. Maier sagte in seiner vom tiefem Mitgefühl getragenen Ansprache, die Landesregierung trage den Schmerz der Angehörigen in aufrichtiger persönlicher Mittrauer. Eine

so ausgeprägte politische Gestalt wie Heinrich Köhler habe nicht der Familie allein, sondern allen gehört. Auf gleiche Weise gehöre auch der Tote uns allen. Was der Verstorbene gegeben habe, habe er ganz gegeben; er habe dem Staat nicht nur gedient, er habe ihm gehört. Dr. Heinrich Köhler hat sich um das Vaterland verdient gemacht“, erklärte der Ministerpräsident schlicht und ohne Pathos und fügte hinzu, die letzten dreieinhalb Jahre seines Wirkens seien die erregtesten, sorgenvollsten und aufreibendsten seines ganzen Lebens gewesen. Ein Mann von echter und treuer Heimatliebe habe herzhalt und Größeren gegriffen, als er erkannt habe, welche wirtschaftliche Stärke aus der Vereinigung der Länder Württemberg und Baden erwachsen würde. Mit überragenden Fachkenntnissen und zusammengefaßter Energie habe der Verstorbene das Amt des Finanzministers verwaltet. Minister Köhler habe noch erkennen dürfen, wie sich die Kluft zwischen Soll und Haben immer mehr geschlossen habe. Mit Köhler sei ein Finanzminister dahingegangen, der mit einer Meisterschaft obgleich seines Amtes gewaltet und die große Tradition der vorzüglichen deutschen Finanzminister in glänzender Weise fortgesetzt habe.

„Köhlers Name geht in die Geschichte ein“

Landesregierung und Landtag nahmen Abschied von einem ihrer Besten

STUTTGART, 10. Febr. (SAZ). In einer erhebenden Trauerfeier nahmen die württembergisch-badische Landesregierung und die Abgeordneten des Landtages am Donnerstagvormittag von dem verstorbenen stellv. Ministerpräsidenten und Finanzminister Dr. Heinrich Köhler Abschied. Unter den zahlreich erschienenen Ehrengästen befanden sich neben der Witwe und den Angehörigen Landesbischof Haug und dessen Vorgänger, D. Wurm, sowie die Rektoren der Universität Heidelberg und der Technischen Hochschule Stuttgart, Prof. Dr. Geller und Prof. Dr. Schmidt.

Landtagspräsident Wilhelm Kell skizzierte in bewegten Worten das enge Verhältnis des Dahingegangenen zum Landtag, während Justizminister Dr. Josef Beyerle ein umfassendes Lebensbild Dr. Köhlers aufzeichnete und ihn als ein Musterbild des in der Weimarer Zeit gewachsenen und in der Not der heutigen Gegenwart erprobten Staatsmannes charakterisierte. Es gäbe kaum eine politische Persönlichkeit in Deutschland, dem eine so bedeutsame Wirksamkeit beschieden gewesen sei. In seinem Leben sei er stets als sicherer Hüter der Volksrechte betrachtet worden, dessen

Markanteste politische Persönlichkeit

Landesdirektor Zimmermann erinnerte daran, wie ein starkes Florett der Politiker Köhler geführt habe, von den Gegnern gefürchtet, von seinen Freunden freudig als einer der Ihren akklamiert. Ohne sich zu schämen, habe er es als Staatsmann und Finanzminister zu höchsten Leistungen gebracht, wobei ihm ein bewundernswertes Gedächtnis zu Hilfe kam. Minister Köhler habe, wie es wohl auch sein Wunsch gewesen sei, sein Leben mitten in der Arbeit vollendet. Politiker aus Berufung und Begabung, sei dem Verstorbenen nichts verhaßter gewesen als plumpe, geistloses Gepolter. Baden verliere in Minister Köhler die markanteste politische Persönlichkeit der letzten Jahrzehnte, es verliere den zielstrebigen Steuermann in einem Augenblick, da die deutschen Länder sich anschickten, sich zu einem Bundesstaat zusammenzuschließen. Mit Heinrich Köhler sinke ein Stück badischer und deutscher Geschichte ins Grab, zum Sarg gewandt: „Dr. getreuer Ekkehart Delner badischen Heimat, Danke zu sagen, ist unsere Aufgabe. Gute Nacht, toter Präsident!“

„Weiser Berater des Landtags“

Der Präsident des württemberg-badischen Landtags, Kell, sagte, mit

Heinrich Köhler sinke einer der Ältesten und erfahrensten deutschen Parlamentarier ins Grab. Dr. Köhler, für den Christentum Demokratie und Demokratie Christentum bedeutet habe, sei allen Mitgliedern des Landtags stets ein weiser Berater gewesen. Seine Reden als Minister seien stets eine Quelle politischer Weisheit gewesen. Mit würdigem Humor habe er es immer wieder verstanden, Differenzen zu überbrücken. Eine sachliche Würdigung seiner Persönlichkeit müsse zu der Erkenntnis führen, daß Dr. Köhler mit seinem Leben tiefster Pflichterfüllung ein Vorbild gegeben habe für alle, die zum Dienst am Gemeinwohl berufen seien.

„Ehrenbürger, Sohn und Vater“

Oberbürgermeister Töpfer, der für die Stadt und Bevölkerung Karlsruhes von dem Toten Abschied nahm, erinnerte daran, daß der Verstorbene ein Ehrenbürger, Sohn und Vater zugleich gewesen sei. Sohn in der unerschütterlichen Treue zur Stadt und in sorgender Liebe auch Vater der Stadt und für alle, die darin wohnen. In der Fülle seiner Aufgaben und Pflichten sei er schlicht und daher menschlich groß geblieben. Auch als sich das Dunkel der Bewußtlosigkeit bereits auf ihn senkte, hätten seine letzten Worte dem Wohl des Volkes gegolten. Während der 13 Jahre, während derer er vom öffentlichen Leben ausgeschlossen gewesen sei, sei er innerlich der gleiche geblieben und so stark, daß er andere aufrichten konnte. Der Verstorbene habe sich in Glück und Leid für das öffentliche Wohl verzehrt.

Für die Universitäten und Hochschulen sprach der Prorektor der Universität Heidelberg, Prof. Dr. Kunze, der aus der Schilderung persönlicher Begegnungen hervorhob, daß die Welt nicht reich sei an Menschen solchen Formats. Für die CDU sprach zum Schluß der Landesvorsitzende der Partei, Bürgermeister Heurich, der in stichtlicher Bewegung sagte, die Partei verliere in dem Verstorbenen ihre beste Kraft. Der Redner legte das Versprechen ab, die von dem Toten gegebenen politischen Aufgaben weiterzuführen.

Mit der Overture zu „Cortolan“ von L. v. Beethoven beschloß die Badische Staatskapelle die eindrucksvolle Trauerfeier.

Süddeutsche Allgemeine

Nummer 30 / Freitag, 11. Februar 1949

Probe aufs Exempel

HAB. Am Mittwoch begannen in London, nach achtmonatiger Unterbrechung, zum siebenten Male die Verhandlungen der vier Besatzungsmächte in Österreich, deren Ziel der Abschluß eines Staatsvertrages für unseren südlichen Nachbarn sein soll. Rückblickend erinnern wir daran, daß alle bisherigen Besprechungen über dieses Thema immer wieder sehr schnell zu einer offenen Darlegung der großen Gegensätze führten, die bekanntlich die Demokratien von ihrem ehemaligen Kriegspartnern, dem bolschewistischen Rußland, scharf trennen.

Während es Amerika, England und auch Frankreich bei den vorangegangenen Diskussionen zum österreichischen Nachkriegsproblem hauptsächlich darum ging, diesen kleinen Land nach Möglichkeit allzu stark belastende Zukunftshypothesen, die letztendlich nur der freien politischen und Wirtschaftsentwicklung schädlich sein könnten, zu ersparen, hat Sowjetrußland offensichtlich andere Absichten. Deutlich ließ die frühere unangenehme Haltung dieses östlichen Staatskolossen, insbesondere in allen Fragen der Ablösung des sogenannten „deutschen Eigentums“, erkennen, daß die UdSSR ihren europäischen wirtschaftlichen Einfluß in Österreich nicht aufgeben will. Die bisherigen sowjetischen Forderungen würden nämlich nichts anderes bedeuten, als daß der junge österreichische Staat von vornherein durch dertartig hohe Belastungen und eine extensiv-faktische Produktions- und Handelskonzentration im eigenen Lande so „druckempfindlich“ gemacht werden würde, daß seine angestrebte Souveränität praktisch illusorisch wäre. Damit aber stünde ein neuer Kandidat zur Aufnahme in die kommunistische Mächteparade bereit.

Doch dieser Verhandlungspunkt ist nicht der einzige auf der Tagesordnung der Außenministerkonferenz in London. Seit Anbeginn der Beratungen über den österreichischen Staatsvertrag fordert Jugoslawien bestimmte Teile Südbosniens von Österreich mit der Begründung, daß es sich dabei um wendisches Siedlungsgebiet handele. Auch mit diesem, bisher von der Sowjetunion gebilligten Wunsch Titos werden sich die Mitglieder der Viermächtekonferenz erneut auseinandersetzen müssen. Die letzte Entwicklung der sowjetisch-jugoslawischen Beziehungen läßt allerdings vermuten, daß der russische Vertreter sich diesmal nicht allzu hartnäckig hinter die Gebietsforderungen des „abtrünnigen Vasallen“ Tito stellen wird.

Es war schon immer ein Zeichen sowjetischer Verhandlungsstrategie, den billigsten Hopfen den anderen Partnern zum Anbieten anzubieten, um sich dafür umso entschiedener in größere Vorteile festzusetzen. Deshalb wurde es in der Vergangenheit so schwierig, zu klaren Ergebnissen und Abmachungen zu gelangen. Soll diesmal vielleicht das sowjetische Anbieten von den Anknüpfungspunkten Titos der Welt den Beweis für die „echte Friedensliebe“ der UdSSR erbringen? Wir wollen hoffen, daß darüber nicht die vordem erzielten Kompromisse zur Frage des deutschen Eigentums in Österreich wieder die entscheidende Form keineswegs befriedigen können, so fragen sie doch wenigstens dazu bei, den geringen Hoffnungen, die Österreich auf eine erfolgreiche Beendigung der Vertragsverhandlungen nicht ganz abrubeln.

Welchen Verlauf die Besprechungen in London auch nehmen mögen, die Sowjetunion hat damit die Chance, einen Beitrag zu der seit langem vier Jahren ersehnten friedlichen Regelung aller Probleme, die heute die Welt in zwei Lager spalten, zu leisten. Jetzt bekommt Rußland Gelegenheit, ohne Prestigeverlust einen neuen Weg der Taten zu beschreiten. Auf seinen Start, der zugleich die Probe aufs Exempel der jüngsten „Friedensoffensive“ wäre, warten wir mit Spannung.

EUROPA UND DAS HANDWERK

Von Dr. Karl Stöcker, Frankfurt/M.

Nachstehend veröffentlichen wir die Stellungnahme des Syndikus der Frankfurter Handwerkskammer, Dr. K. Stöcker, zum Problem der Gewerbefreiheit. Wenn wir uns auch nicht mit dem Inhalt des Aufsatzes identifizieren, so halten wir es doch im Interesse der objektiven Berichterstattung für richtig, die nachstehenden Ausführungen der Öffentlichkeit zur Kenntnis zu bringen. Die Redaktion.

Bei der lebhaften Diskussion über die Frage, ob der schrankenlosen oder einer eingeschränkten Gewerbefreiheit der Vorzug zu geben sei, mußte der nichtinformierte Zuhörer oder Leser den Eindruck gewinnen, daß einzig und allein vom deutschen Handwerk die Forderung erhoben werde, das Recht zur Ausübung eines handwerkmäßigen Gewerbes sei an den Nachweis einer entsprechenden fachlichen Vorbildung zu knüpfen, während außerhalb Deutschlands jeder selbstständig handwerklich tätig sein könne, der sich selbst dazu beufen fühlt. Dem ist jedoch nicht so!

Oesterreich, das bereits seit 1883 für die handwerkmäßigen Gewerbe außer der Gesellenprüfung den Nachweis einer mehrjährigen Tätigkeit in dem betreffenden Handwerk verlangte, führte am 1. 12. 1934 die Meisterprüfung als Zulassungsvoraussetzung ein. Auch in Ungarn brachte die 1894 begonnene Entwicklung in mehreren Etappen schließlich im Juli 1936 das gleiche Ergebnis. In Jugoslawien wurde die Pflicht zur Ablegung der Meisterprüfung 1932 gesetzlich verankert, in Rumänien trifft dies seit 1936 zu. Bulgarien bekannt sich schon seit 1910 zu demselben Standpunkt. Die Schweiz hat seit 1930 den sogenannten kleinen Befähigungsnachweis bei sonst fakultativer Meisterprüfung, doch ist man zur Zeit mit den Vorbereitungen für ein Bundesgesetz beschäftigt, das in Übereinstimmung mit den neuen Wirtschaftsartikeln der Bundesverfassung den großen Befähigungsnachweis bringen soll. Die Tschechoslowakei verlangt ebenso wie Polen den Nachweis der Gesellenprüfung sowie mehrjährige Tätigkeit als Geselle; beide fordern aber für die Bauhandwerke die Meisterprüfung, die für die übrigen Handwerkszweige freiwillig ist. In Italien ist seit 1933 die Neuerrichtung und Vergrößerung von Betrieben von besonderer staatlicher Genehmigung abhängig, die an den Nachweis der Fachkenntnis geknüpft ist. In San Marino gilt die italie-

nische Regelung. Auch in Luxemburg ist seit 1934 die staatliche Zulassung erforderlich, die eine hinreichende Handwerksausbildung, zumindest die Vorlage eines Lehrzeugnisses, voraussetzt. Liechtenstein verlangt die Gesellenprüfung mit anschließender mehrjähriger Praxis. In Belgien sind die Prüfungen zwar fakultativ, doch erhält der Geselle nach Ablegung seiner Prüfung (ebenso wie der Lehrling) eine staatliche Prämie. Frankreich kennt seit dem Gesetz vom 24. 2. 1937 den sogenannten kleinen Befähigungsnachweis, zur Zeit befaßt man sich aber überdies mit Plänen zur Einführung der Meisterprüfungspflicht. In Finnland muß der Handwerker eine „Befähigungsprüfung“ ablegen. Dänemark kennt zwar nur fakultative Meisterprüfungen, doch ist in Island seit 1936 die Gesellenprüfung Vorbildung für die selbständige Handwerksausübung. Estland führte 1931 den kleinen Befähigungsnachweis ein. In Norwegen muß in den Städten der Befähigungsnachweis erbracht werden, doch sind allein arbeitende Handwerker davon befreit. Schweden verlangt neuerdings für die Selbständigmachung die Gesellenprüfung.

Aus dieser kurzen Übersicht ergibt es sich, daß das Beharren auf dem

Befähigungsnachweis nicht etwa nur eine Marotte des deutschen Handwerks ist, sondern daß in einem beträchtlichen Teil der europäischen Länder die Auffassung für richtig gehalten wird, man müsse von einem selbständigen Handwerker den Nachweis verlangen, daß er die für die Ausübung seines Gewerbes erforderlichen Mindestkenntnisse besitzt. Sie stehen damit in bewußtem Gegensatz zu dem Grundsatz der schrankenlosen Gewerbefreiheit, nach dem jeder, auch ohne die fundamentalsten fachlichen Voraussetzungen, einen Betrieb eröffnen kann. Die meisten Völker Europas haben die wichtige Rolle, die dem Handwerk in der Gesamtwirtschaft zukommt, längst erkannt. Daher müßten sie zur Einführung des Befähigungsnachweises nicht zuletzt deshalb kommen, weil er zu einer Steigerung des durchschnittlichen Leistungsniveaus führt und daher das Handwerk befähigt, den Wettbewerb mit jenem Teil der Wirtschaft aufzunehmen, von dem kein geringerer als Präsident Truman sprach, als er in seiner Kongreßbotschaft bei der Erörterung der von ihm geplanten Reformen ausführte, daß in den Vereinigten Staaten „die kleine Geschäftswelt an Boden an die gefährliche Monopolwirtschaft verliere“.

Die Benelux-Staaten in Zeitnot

Wird Wirtschaftsunion verschoben? — Amerikanischer Kredit soll helfen

DEN HAAG, 10. Febr. (SAZ). Die Wirtschaftsunions, welche die drei kleinen Länder Holland, Belgien und Luxemburg erstreben, ist ein kleiner Ausschritt dessen, was die Havana-Trade-Charter im Großen, also im Rahmen aller Völker verbindlich ist. Die Vorteile einer solchen größeren Konzeption haben sich bereits seit der ersten Phase der Wirtschaftsunionsbewegung, die mit der Angliederung der Zolltarife am 1. Januar 1948 in Kraft trat. Diese Vorteile heißen: ein größerer, einheitlicher Markt und dadurch einmal eine stärkere Konkurrenzfähigkeit der einzelnen Partner, zum anderen bessere Absatzmöglichkeiten auf dem Weltmarkt, und schließlich, durch Koordinierung der Wirtschaftspolitik ein stärkeres Gewicht der in der Wirtschaftsunion vereinten Länder.

Angesichts dieser unbezweifelbaren Vorteile der Benelux-Wirtschaftsunions haben die Meldungen, daß die in den Haag tagenden Benelux-Experten einen Aufschub der Union um sechs Monate vorgeschlagen haben, in Belgien und Holland Überraschung ausgelöst. Nicht selten wird auch in Kreisen der Wirtschaft die

Ansicht geäußert, daß die Union, wenn sie nicht wie vorgesehen am 1. Januar 1950 realisiert werden könne, auch ein halbes Jahr später keinen besseren Start haben werde. Wenngleich sich einmündige Darstellung im Einzelnen wiederlegt werden kann, so steht doch fest, daß der Gedanke der Benelux — sollte diesen Vorschlägen entsprochen werden — einen schweren Preisverlust erleiden würde. Von Wirtschaftlichen her gesehen ist gegen die Forderungen, welche die Experten in den Haag aus der Entwicklung des letzten Jahres gezogen haben, nichts einzuwenden. Noch immer sind die wirtschaftlichen Voraussetzungen in Belgien weitaus günstigere als in den Niederlanden, obwohl seit einiger Zeit auch in Holland ein scharfer Deflationskurs gesteuert wird. Die wichtigste Bedingung der Wirtschaftsunion aber, die Möglichkeit des freien Währungswechsels, scheint bis zum 1. Januar 1950 nicht erfüllt werden zu können. Dieses Problem ist eng verknüpft mit dem freien Handelsverkehr zwischen den Unionspartnern. Es ist einsehend, daß bei Inkrafttreten der Union der gesamte Exportdruck der belgischen Wirtschaft erst einmal auf den holländischen Markt ausweicht, der noch keineswegs als gesättigt angesehen werden kann, sondern auf einigen Gebieten, etwa bei Textilien, noch starke Mangelerscheinungen zeigt. Nach Berechnungen Sachverständiger muß Holland beim Fortfall der Wirtschaftsgrenzen über 5—8 Milliarden belgische Franc oder die entsprechenden Dollar — etwa 120 bis 200 Millionen Dollar — verfügen, um diesen Warendruck aufzufangen. In ebensovoller Verbindung zu diesem Problem steht das schwierige Kapitel des holländischen Zahlungsausgleichs. Der Ausgleich der Bilanz der Niederlande wird nicht vor Ende 1950 oder gar 1951 erwartet. In Brüssel hofft man jedoch, daß von amerikanischer Seite ein Kredit von etwa 250 Millionen Dollar gewährt wird, der ausreichen dürfte, um den Bilanzausgleich zu beschleunigen und darüber hinaus den ersten Exportstoß aus Belgien abzufangen.

In klarer Erkenntnis dieser Situation sind demnach sowohl in Belgien als auch in Holland Stimmen laut geworden, die dafür plädieren, die Wirtschaftsunion doch zum 1. 1. 1950 beginnen zu lassen. w.k.

Noch keine Freigabe von Schuhen

STUTTGART, 10. Febr. (SAZ). Die Frage der Aufhebung der Schuh-Bewirtschaftung ist noch völlig offen. Diesbezügliche Besprechungen im bilateralen Wirtschaftsausschuß haben nach Angaben eines Vertreters des Wirtschaftsministeriums noch zu keinem positiven Ergebnis geführt. Dies ist nicht zuletzt darauf zurückzuführen, daß sich die kürzlich eingeführten Leder- und Hutemengen nach amtlichen Erhebungen bis jetzt noch nicht in dem erwarteten Umfang ausgewirkt haben. Wenn sich bis frühestens in einem Vierteljahr diese Importe auszuwirken beginnen, werden sie zusammen mit den im Inland anfallenden Häuten eine ausreichende Befähigung der Schuhindustrie zur Folge haben. Bei gleichbleibenden Einfuhrmengen dürfte die Schuherzeugung der Bizone damit ungefähr den Stand von 1936 erreichen und halten. Schon im Herbst letzten Jahres war es nach Überwindung großer Schwierigkeiten möglich gewesen, die Schuhproduktion Württemberg-Badens auf 79 Prozent des Standes von 1936 zu bringen, während die Durchschnittserzeugung der gesamten Bizone niedriger lag. An der gesamten Schuhproduktion des Vereinigten Wirtschaftsgebietes ist Württemberg-Baden mit über einem Viertel beteiligt. Die Hinzuvergabe der südwestdeutschen Schuhindustrie, die von den daran Interessierten Industriekreisen seit längerer Zeit angestrebt wird, vor allem für das Jedermannprogramm, wäre von allgemeiner Wichtigkeit. Dies dürfte jedoch erst möglich sein, wenn die wirtschaftliche Vereinigung der französischen Zone mit der Doppelsonne vollzogen ist.

Deutscha nd-Rundscha u

VERSINTE WESTIONEN

Hamburg. Der ehemalige Reichsbankpräsident Dr. Hjalmar Schacht will nicht zu der am 14. Februar anberaumten erneuten Berufungsverhandlung in Ludwigslburg erscheinen, trotzdem der Haftbefehl gegen ihn inzwischen aufgehoben worden ist. — Köln (UP). Die deutsche Schauspielerin Gisela Schlüter erlitt hier eine „Weltbürger-Bar“. Der gesamte Reingewinn aus dem Verkauf alkoholischer Getränke soll dem Weltbürgerfonds zugeführt werden. — Frankfurt. Das Frankfurter Schwurgericht verurteilte im zweiten Kalmenhof-Prozess den ehemaligen leitenden Verwaltungsbeamten Willi Grossmann und die Aertzin Mathilde Weber wegen Beihilfe zum Mord in einer unbestimmten Anzahl von Fällen zu vier Jahren sechs Monaten bzw. drei Jahren sechs Monaten Zuchthaus. — Regensburg (UP). Wegen Einbruches in eine Kirche und Schändung von Heiligen-Reliquien wurden hier drei Personen zu Gefängnisstrafen zwischen drei Monaten und drei Jahren verurteilt.

FRANZÖSISCHE TONE

Neuwied. Die während des Krieges zerstörte Rheinbrücke bei Neuwied wurde jetzt nach ihrer Wiederherstellung wieder eingeweiht. (Alle nicht geschnittenen Nachrichten: DENA)

Leser-Nachricht US-WK 118. Herrschaftsgeber und Chefredakteur Felix Richter, Schriftsetzermeister, Oberlehrer Heino A. Dechant, Redaktionshelfer: Max Giesecke, Helmut Hage, Wilh. Hagenmeyer, Rudolf John, Hans Mohr, Dr. W. Oberkamp, Otto F. Paßgen, Hildegard Reitz, Adolf Reibich, Josef Werner. — Mit vielen Verfassern: geschichte, belize, stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion der „Nachdruck von Originalarbeiten nur mit Genehmigung gestattet, das Zitierrrecht bleibt unberührt. Für unvollständig ersandene Manuskripte keine Gewähr. — Verlag: Südwestdeutsche Allgemeine Zeitungswelt GmbH, Verlagdirektor: Dipl.-Ing. Herbert Lohmeyer.

Immer noch Unklarheit über Gewerbefreiheit

Das württemberg-badische Wirtschaftsministerium erläßt Richtlinien

STUTTGART, 10. Febr. (SAZ). Die von den Amerikanern geforderte Gewerbefreiheit ist weiten Kreisen der Bevölkerung wie ein Gespenk in den Schloß gefallen, mit dem sie nichts rechtes anzufangen weiß. Im Wirtschaftsministerium und der Handwerkskammer stehen sich nach wie vor Anträge für Gewerbebewilligung, für die am 20. Januar keinerlei „Zulassungen“ und „Genehmigungen“ mehr nötig sind. Lediglich in bezug auf die Gebiete des Gesundheitswesens, der öffentlichen Sicherheit und der Wohlfahrt besteht noch eine Rechtsunsicherheit, die erst mit Inkrafttreten des bizonalen Rahmengesetzes beseitigt werden wird. Um den Bürgermeistern und Landräten vorläufige Richtlinien an die Hand zu geben, hat das Wirtschaftsministerium eine Verfahrensordnung erlassen, der wir zur Unterrichtung der Öffentlichkeit folgendes entnehmen:

Jeder kann ein Unternehmen der Indu-

strie, des Handels, des Vermittler-Gewerbes oder des Handwerks eröffnen und betreiben, so weit nicht noch das weiterhin anzuwendende Vorschriften eine Zulassung erforderlich ist. Wer das selbständige Betrieb eines Gewerbes anfangt, muß der zuständigen Behörde gleichzeitig Anzeige davon machen. Das gleiche gilt für den, der für eine Mobiliar- oder Immobilien-Feuerversicherungsanstalt als Agent oder Unteragent tätig sein oder eine Agentur übernehmen will, für Buch- und Steindrucker, Buch- und Kunsthandwerker, Antiquare, Leihbibliothekare, Verkäufer von Druckschriften, Zeitungen und Bildern. Alle Geschäftseröffnungsanzeigen nimmt der Bürgermeister entgegen, der keinerlei „Genehmigungen, Zulassungen oder Ähnliches Beschreibungen“ mehr auszustellen hat. Als Nachweis für die Eröffnung des gewerblichen Unternehmens dient lediglich eine Empfangsbescheinigung.

WAS IST MIT Bratt?

ROMAN VON BERT GEORGE

35. Fortsetzung

„Ja, Sie können es. Wie ich Ihnen bereits sagte, sind wir in beiden Mordfällen auf Indizien angewiesen. Ich habe mir schon einmal in dieser Sache die Finger verbrüht. Ich war meiner Sache zu sicher. Jetzt aber ist kein Irrtum mehr möglich. Trotzdem soll mit der alleräußersten Gewissenhaftigkeit vorgegangen werden.“

„Ich verstehe Sie vollkommen, verfügen Sie über mich — über das gesamte Theater!“

„Das ist es eben, wozum ich Sie bitten will. Ich muß, zu meiner persönlichen Überzeugung, die beiden Mordfälle sozusagen rekonstruieren. Das ist eine Methode, durch die man oft ganz neue, entscheidende Verdachtsgründe erlangt. Kriminalistische Technik. Veranlassen Sie, daß ich morgen früh um zehn Uhr die Bühne zur Verfügung habe. Nur für eine Viertelstunde. Bestellen Sie bitte alle Herrschaften, die in jener verhängnisvollen Schlusszene des zweiten Aktes beschäftigt sind. Kann ich damit rechnen?“

„Welche Frage! Natürlich! Ich werde sofort alles anordnen, wie Sie es wünschen.“

„Ich bitte aber dringend, nicht zu sagen, zu welchem Zwecke Sie

eine neuerliche Probe dieser Unglückszene ansetzen. Niemand darf wissen, daß dies auf meinen Wunsch geschieht. Absolut niemand, verstehen Sie? Und ebenso darf während dieser Probe niemand die Bühne oder den leeren Zuschauerraum betreten. Ich muß Sie bitten, alles aufs peinlichste zu überwachen.“

„Verlassen Sie sich ganz auf mich, ich treffe sofort meine Verfügungen, genau wie Sie es wünschen.“

Wie verabschiedeten uns. Der letzte Akt des Stückes hatte inzwischen begonnen, Ich verließ die Bühne und ging auf die Straße, in der Absicht, gegenüber dem Bühnenausgang die Souffleuse zu erwarten.

Die Nacht war mondhell und windstill. Überall lag tiefer Schnee, der jedes Geräusch dämpfte. Die Laternen um das Theatergebäude brannten vollsätzig und erhellten die nächste Umgebung. An der Vorderfront warteten elegante Autos. Durch den Frost fuhr klirrend die Elektrische und auf dieser Seite des Theaters herrschte einiges Leben. Hier wo ich wartete, in der Seitenstraße des Bühnenausganges, war es dunkel und einsam.

Ich zündete mir eine Zigarette an. Der Frost nötigte mich, auf-

abzugehen. Es war bitter kalt. Hier und da huschte jemand aus einem der vielen Tore des Theaters heraus, schlug seinen Kragen hoch und eilte mit raschen, unhörbaren Schritten durch den Schnee davon.

Der neue Plan, nach dem ich voringeführt mich mit Zuversicht. Wenn mir nicht jetzt in letzter Minute unvorhergesehene Hindernisse erwachsen, so konnte ich in kürzester Frist der Gerechtigkeit zum Siege verhelfen. Das Verhör des Garderobiers Stefaneck war mein erster Erfolg, nachdem ich auf alle bisherigen Mutmaßungen verzichtet und mich auf die neue Fährte eingestellt hatte. Gelang es mir, diese Fährte bis an ihr Ende ungehindert zu verfolgen, so mußte mir der Verbrecher morgen automatisch in die Hände fallen. Darauf baute ich meine Kombination, die ich morgen früh auf der von mir verlangten Bühnenszene prüfen wollte.

Ich entsinne mich, daß mir einmal einer meiner gelehrten Freunde, mit dem ich über die Wichtigkeit des Unvorhergesehenen in meinem Berufe plauderte, sagte, daß ein noch klügerer Mann als er das Wort prägte: „Die zwei größten Tyrannen der Erde sind der Zufall und die Zeit.“ Nun, ich möchte sagen, daß jeder Kriminalist, der mit der Aufdeckung eines Verbrechens beschäftigt ist, die prachtvollen Worte nicht genug beherzigen kann! Die dauernde Verfolgung versagt oft, wenn nicht ein klein geringfügiger Zufall den Schleier lüftet.

Aber, — der Zufall ist ein Tyrann. Er läßt sich nicht zwingen. Man ist ihm auf Gnade und Ungnade ausgeliefert. Wohl dem, dem er rechtzeitig über den Weg läuft...

In meiner Situation, nach dem ungeheuren Fehlschlag meines Indizienbeweises gegen Rottmann, in vollster Dunkelheit umherirrend, rettete mich der Zufall, als ich die Pfeilspitze in dem Aschenbecher Stefanecks fand. Sofort war mir klar, daß mein Verdacht sich bestätigte: Die beiden Morde waren zwar durch Vergiftung herbeigeführt worden, aber das Gift kam nicht durch Speise oder Trank in die Blutbahn der unglücklichen Opfer. Diesmal konnte ich mich nicht täuschen. Aber ich beschloß, mit der größten Vorsicht und mit Mißtrauen den Weg, den ich einge schlagen, weiter zu gehen. Trotzdem war mir bereits klar, wo er enden würde...

Große Bogenlampen flammten auf. Das Theater war aus.

Ich hörte, wie die Wagen gerufen wurden, Türen klapperten zu. Autos surrten davon, Menschen strömten aus den weitgeöffneten Toren, lebhaft plaudernd, mit glänzenden Augen oder still vor sich hinsinnend, sich noch dem Eindruck des Gesehenen überlassend. Allmählich flaute der Strom ab. Immer spärlicher kamen die Leute heraus, bis sich niemand mehr zeigte. Dann erlöschten die Laternen, das Theater wurde finster. Die Tore wurden geschlossen.

Eine Welle war wieder Stille um

den großen Bau. Dann lebte es langsam am Bühnenausgang auf. Einzelne oder paarweise kamen die Darsteller heraus. In großen Pausen, Arbeiter und Feuerwehrlente besetzten ihren Dienst. In den Fenstern der verschiedenen Garderoben wurde es bald hier, bald dort finster. Ein paar Jünglinge, die entfernt vom Bühnenausgang im diskreten Dunkel warteten, kamen näher und holten hübsche Choristinnen ab, mit denen sie eng einandergeschmiegt weggingen.

Jetzt — da, — das war die Souffleuse. Sie trat aus der Tür. Ich erkannte sofort ihre hohe, massive Gestalt. Sie wickelte einen dicken Wollschal fester um den Hals und sprach mit einer jungen, hübschen Person. Langsam und unauffällig näherte ich mich, als ob ich auf jemand warten würde. Im Vorübergehen, — ich hatte meinen Pedikanten hochgeschlagen, um nicht erkannt zu werden, außerdem war es recht dunkel, — hörte ich deutlich, wie sie sagte: „Er ist ganz ausgezeichnet gewesen. Du wirst sehen, der Bengel macht seinen Weg. Jedes Wort hat er gekostet. Ich habe ihm gar nicht zu soufflieren brauchen.“

Wenn ich nicht irrte, so sprach sie mit der Sekretärin des Intendanten. Dann hörte ich sie fragen: „Trinkt ihr noch einen Grog bei mir? Stief, wie dicke Sahne?“ Die Kleine schlen abzulehnen. Ich verstand nicht mehr, was sie sagte. Sie plauderten noch eine Weile, dann gaben sie sich die Hände und die Alte hummelte fort. (Fortsetzung folgt)

BUNTES AUS ALLER WELT

Charme-Schule macht Hamburgerinnen unwiderstehlich

Kann man Charme, dieses geheimnisvolle, ungewisse und bezaubernde Etwas, das sekundenschnell und vergänglich über das Antlitz einer Frau huscht, auf Flaschen ziehen und dann schwerfälligeren Evasbüchlein tropfenweise verabreichen? Herr Hahlbeck, der Chef der „K & K“ Hamburger Charme-Klasse ist fest davon überzeugt. Seine Idee, die von einem Stab charmanter Mitarbeiterinnen in leichten, modernen Räumen mit Blick über die Binnenalster praktiziert wird, hat bei den sprichwörtlich kühlen Hamburgerinnen sofort eingeschlagen. Soeben wurde der erste Lehrgang, der sich für ein Honorar von 20 DM über vier Abende erstreckte, abgeschlossen, und ein Berg von Anfragen und Neuanmeldungen liegt vor. Der Chronist hofft, daß sich die ersten segensreichen Auswirkungen unter dem in mancher Beziehung leicht verwilderten Damen-Nachwuchs bald bemerkbar machen werden.

Hamburg soll das „Wien des Nordens“ werden. Hinter dem mysteriösen „k & k“ im Namen der Charme-Schule verbergen sich allerdings nicht „kaiserlich-königliche“ sondern schlicht-demokratische Ideen: „Körperpflege und Kosmetik“. Man doziert in den Kursen über gepflegtes Aussehen, Gymnastik, Mode und gute Umgangsformen. Die durchweg mit erheblichen Naturtalenten ausgestatteten SchülerInnen fanden sich je nach dem Thema des Abends inmitten einer Galerie von blitzenden Spiegeln, Puderrosen, Blirzchen und Creme-Dosen, zur Gymnastik in Badeanzügen oder nur angetreten Plaudernd bei stimmungsvollem Kerzenschein zusammen.

Im Unterricht wurde aber keineswegs ein so Forscher-Ton angeschlagen wie in den Rezepten, die von der amerikanischen Charme-Industrie für die Mauerblümchen ausgearbeitet wurden und in denen man las: „Wenn der Herr irgend etwas erzählt, lausche mit deinem ganzen Körper, lehne dich nach vorne, füge einen bewundernden Augenaufschlag hinzu, vergiß nicht, daß die Lippen stets halbgeöffnet sein müssen und vernuschlauche atemlos Interesse“. Nein, der Hamburger Unterricht enthält konkrete, handgreifliche Einzelheiten, in denen die junge Generation, die zwischen BDM-Dienst und Bombenschutt heranwuchs, einiger Nachhilfestunden bedarf.

Wer hat denn den jungen Dingen, die schon „Damen von Welt“ zu sein glauben, bisher schon mal in aller Deutlichkeit gesagt, daß es sich nicht gehört, von ihrem Vater als von ihrem „alten Herrn“ zu sprechen, daß man ein Weinglas nur am Stiel anfassen darf und sich, wenn man seinen Platz im Theater einnehmen will, nicht mit der Hinterfront zu den schon Sitzenden durchdrängelt? Eine Dame, die im Begriff ist, in die Stadt zu gehen, läßt sich nicht im Treppenhans von der Nachbarin in einen Hausratsch verwickeln, sie bleibt auch bei einem Menschenauflauf, und wenn sein Grund auch noch so interessant zu sein scheint, nicht stehen und hat umgekehrt gegenüber ihrem Chef, solange sie im Dienst ist, keine falschen Damen-Alüren hervorzuheben. Wenn sich ein bekannter Schauspieler vor dem Beifall des Hauses verneigt, schickt man ihm nicht plump-vertrauliche Grüße hinauf. Im Kino sitzt man mit seinem Begleiter nicht Hand in Hand und in einer

Kunstaustellung äußert man keine geräuschvolle Kritik.

Wie ergötzlich ist es doch, heute in einem guten Restaurant die Unsicherheit der durch die Drohtür hereinatolpernden Paare zu beobachten! Wer geht voran, wer sucht den Platz? Auch jene Dame, die im Café ihrer Freundin mit erbobener Stimme ihre intimsten Skandalgeschichten mitteilt, — „er ist ja sooo gemein, ein brutaler Menach!“ — ist nur eine „Pseudo-Dame“. Es gibt so einfache Grundregeln, aber wer sie nicht kennt, wird von einer Verlegenheit in die andere stürzen. Zum Charme gehört eine ungewöhnliche Natürlichkeit. Die verlorengangene Unbefangenheit kann aber nicht zurückgewonnen werden, wenn man an einer festlich gedeckten Tafel nicht weiß, nach welchem Besteck man zuerst greifen soll: „Merken Sie sich ein für allemal“, sagte der Lehrer „zuerst werden immer die außenliegenden Bestecke genommen. Macht man die Gäste miteinander bekannt, wird grundsätzlich der jüngere zuerst vorgestellt! Kartoffeln dürfen nicht in der Tünke zerquetscht und schon gar nicht mit dem Messer zerschnitten werden. Kleine Geflügelknochen (aber keine Keulen!), Spargel, Pfirsichkerne und Weintraubenschalen können sie mit gutem Gewissen in die Hand (aber nicht in die Faust!) nehmen.“

Es gibt viele kleine Tips, von denen die „Damen in spe“ sich nichts träumen lassen. Wissen Sie, daß das Make-up mit „Klopfmassage“ und „Regentropfenriff“ vorbereitet wird? Daß schlechte Kopfhaltung ein Doppelkinn ergibt? Daß die Stirnhaut beim Einformen des Reinigungsfetts mit der andern Hand festgehalten werden muß, um keine Runzeln zu schaffen? Haben Sie eine große Nase, so muß diese dunkel und das Gesicht hell getönt, bei Blondes braun gefärbt werden! Auch Fieberbäckchen zu verhindern

und Amorbögen zu vergrößern will gelernt sein. Und das charmanteste Lächeln wird zur Grimasse, wenn es auf einem Ölgemälde thronet!

Vor allem: Keep smiling in allen Lebenslagen. Die Bedeutung eines geheimnisvollen Lächelns kannte schon Leonardo, als er seine Mona Lisa malte. Tugend ohne Lächeln wirkt leicht lasterhaft. Die idealen Eigenschaften der Frau sind nicht etwa snobistische Intellektualität oder ein Vamp-Blick à la Marlene Dietrich, sondern Güte und Heiterkeit. Herr Hahlbeck weiß nur zu gut, daß man mit ein paar Schlagworten und in einer raffinierten Kosmetik-Retorte keine Aphroditen

am laufenden Band produzieren kann. Er ist auch nicht von so monumentalen Perspektiven besessen, wie seinerzeit Balzac von Schirach mit „Glaube und Schönheit“. Seine Charme-Idee hat jedoch nicht nur an Alster und Elbe Aufsehen erregt. Selbst aus Süddeutschland haben sich bereits Interessentinnen gemeldet. Indessen trägt sich der „K & K“-Meister schon mit einer neuen Idee: Was müßte man wissen, um ein „Mann von Welt“ zu werden? In wenigen Wochen soll als Brüder-Unternehmen der „Charme-Klasse“ das „Herren-Kolleg“ gestartet werden. Hahlbeck will auch seiner Brüder Hüter sein! NP.

Miami — das neue Gangster-Paradies

Miami, das kleine Städtchen an der Südküste von Florida, konnte bisher das Recht für sich in Anspruch nehmen, als exulativer Baudort der Welt zu gelten. Seit Jahren pflegten die amerikanischen Dollarmillionäre, ebenso wie die bekannten Filmstars Hollywoods, hier ihre Ferien zu verbringen und ihr überflüssiges Geld auszugeben. Neuerdings zieht sich das luxuriöse Miami jedoch der Gefahr gegenüber, seinen guten Ruf zu verlieren. Es ist auf dem besten Wege, zu einem neuen Paradies der amerikanischen Gangster zu werden.

Aus allen Teilen der Vereinigten Staaten strömten sie im Laufe der letzten Monate herbei, die Herren der Unterwelt. Wie die Pilger nach Mekka und Medina. Sie eröffneten harmlos wirkende Zigarrenläden und Vergnügunglokale und betreiben heute hauptsächlich recht gut gehende Spielhöhlen, in denen vorwichtige Amateure bei Roulette und Bakkarat ihre sämtlichen Federn lassen können.

Nach Feststellungen der amerikanischen Polizei halten sich zur Zeit fast sämtliche Mitglieder der gefürchteten Bande Al Capones in

Miami oder in seiner Umgegend auf. Frank Erickson legte sich einen Tabakkaden zu und macht nebenbei Geschäfte mit falschen Spielkarten. Ralph Buglio und Joe Fusco eröffneten einen Spirituosenbetrieb mit angeschlossener Bar und Spielbille. Tom Accardo, einst Leutnant im Stabe Al Capones, kreuzt mit seiner luxuriösen Yacht vor der Bucht von Miami und auch Joe Masdi, der eine stattliche Anzahl von Morden auf dem Gewissen hat und lömal in Abwesenheit zum Tode verurteilt wurde, hat seine Befehlshalle auf Wasser verlegt. Charles und Rocco Fischetti, zwei Vettern Al Capones, besitzen ein Palais im elegantesten Viertel des Palmaris. Daneben vermutet man noch zahlreiche andere bekannte Namen der amerikanischen Verbrecherwelt in Miami.

Die Polizei ist weitgehend machtlos. Ihr Chef, Bürgermeister Richard G. Danner, versuchte es zwar mit einem radikalen Säuberungsfeldzug, mußte diesen jedoch wieder aufgeben, als er und seine Mitarbeiter mit dem Tode bedroht wurden. Selbsterbschränkt man sich in Kenntnis der Stärke und Brutalität des Gegners auf vorsichtige Einzelaktionen. Die Folgen dieser „idyllischen“ Zustände machen sich bereits deutlich bemerkbar. Die prominenten Gäste sind der Ansicht, daß das Klima und die allgemeine Sicherheit durch den unerwünschten Zuwachs gelitten haben und erwägen ernstlich, ihren nächsten Urlaub an einem anderen Ort zu verbringen. Es besteht allerdings die Gefahr, daß die dunklen Gestalten den Herren mit den dicken Brieftaschen nachreisen werden. Und was soll dann aus Miami werden? IPK.

Falschgeldhochflut in der Schweiz

Zwei Millionen Falschgeld in zwei Jahren beschlagnahmt

Seit Beendigung des zweiten Weltkrieges wurde auf dem europäischen Kontinent eine ständige Zunahme der Fälschungstätigkeit und somit eine erschreckende Häufung von Falschgeld festgestellt. Die schweizerische Zentralstelle zur Bekämpfung der Fälschungsverbrechen hat bis heute mehr als 2 Millionen Franken schweizerisches Falschgeld beschlagnahmt, darunter 1935 Stück 1000-Franken-Noten und 1157 Stück 100-Franken-Noten, außerdem ausländische Falskfikate, hauptsächlich Dollar-, Lira- und Pfundnoten im weiteren Betrag von 150 000 Schweizer Franken. Wenn man hört, daß gegenwärtig pro Tag 3 Meldungen über das Auftauchen neuer Fälschungen auf schweizerischen Gebiet gemacht werden, gewinnt man etwa ein Bild über den unauferhörlichen Falschgeldstrom in die Schweiz. In Anbetracht des gewaltigen Ausmaßes dieser Falschgeldinvasion sah sich die Schweiz veranlaßt, eine durchgreifende Reorganisation in der Bekämpfung der Falschmünzerei in die Wege zu leiten.

Der Falschgeldangriff auf die schweizerische Währung ist nicht nur allein darauf zurückzuführen,

daß der Schweizer Franken zur bestfundierten und begehrtesten Währung der Welt gehört, auch die geographische Lage der Schweiz spielt eine große Rolle. Eine Fälscherbande, die ihren Sitz in Frankreich oder Italien hat, kann natürlich die Falskfikate viel leichter in die Schweiz einschmuggeln als etwa nach England. Den schweizerischen Abwehrstellen ist längst bekannt, daß sich der Sitz einer großen Falschmünzbande, die 100-, aber auch 1000-Franken-Noten herstellt, in Frankreich befindet. Gewisse Anzeichen deuten sogar darauf hin, daß Paris der Sitz der Fälscherbande ist. Obwohl eine Nachahmung französischer Noten viel leichter wäre als die Nachahmung schweizerischer Noten, befassen sich die Falschmünzer in Frankreich viel lieber mit der Herstellung von Falschgeld für die Schweiz, weil die Fälschung ausländischer Kreditpapiere durch französische Staatsbürger nur mit einem Bruchteil der erwähnten Strafen geahndet werden muß.

Die Mentalität französischer Polizeikräfte, daß „die reiche Schweiz“ die Zirkulation „einer falscher Tausender“ verschmerzen könne, wirkt auf die Schweizer natürlich auch nicht gerade beruhigend. Sie haben daher kürzlich in Paris mit dem Falschgelddienst Verhandlungen geführt und die originelle Abmachung getroffen, daß Dienste französischer Polizeikräfte, zu deren Dienstobliegenheiten die Fälschung nach den Herstellern und Absatzern von Falschgeld gehört, von Fall zu Fall zusätzlich bezahlt werden, wenn sie erfolgreich bei der Fälschung nach schweizerischem Falschgeld gewesen sind. Wenn man hört, daß Mitte November 1948 in einem Hotel in Mores, einer zirka 5 km von der schweizer Grenze im waldreichen Jura entfernt liegenden Ortschaft zwei Männer verhaftet wurden, welche allein 400 Stück falsche 1000-Franken-Noten bei sich hatten, kann man verstehen, daß der Kampf gegen die Falschmünzbanden von geradezu lebenswichtiger Bedeutung für die Schweizer ist. Die schweizer Behörden hoffen, daß es ihnen mit diesem Fang gelingen wird, bis zur eigentlichen Fabrik der falschen Noten vorzudringen. O.

Märtyrer-Pfeil tötet Gläubige

Einer der Pfeile, die den Heiligen Sebastian töteten, hat ein neues Opfer gefunden. In Vannes suchte eine alte Frau Heilung von ihrem Rheumatismus durch Berührung der Pfeile. Sie lebte in der Kirche eine Leiter an die Marmorstatue des Heiligen und ergriff einen Pfeil. Als sie jedoch das Gleichgewicht verlor, fiel sie mit dem Pfeil in der Hand zu Boden. Der Pfeil drang durch ihren Kopf und tötete sie auf der Stelle. NP.

Humorlose Volksdemokratie

Zwei ehrbaren volksdemokratischen Bürgern gefielen die kürzlich in den Straßen der bulgarischen Hauptstadt angebrachten sogenannten „Denunziationen“ derartig gut, daß sie beschlossen, die Probe aufs Exempel zu machen. Sie verfaßten zwei Schreiben, in denen sie sich gegenseitig vollkommen grundlos der Sabotage beschuldigten und warfen diese in den gleichen Kasten. Das zuständige Gericht verstand jedoch keinen Spaß und so mußten die beiden den Weg in ein Konzentrationslager antreten.

Schuhe mit Musik

Den kanadischen Schuhfabrikanten haben die Erfolge, die ihre amerikanischen Kollegen mit dem in Absatz eines Damenschuhs untergebrachten Lippenstift und Puderrosen hatten, allem Anschein nach schlaflose Nächte bereitet. Sie haben ihre Phantasie spielen lassen und bringen nunmehr als Ergebnis den neuesten Modeschlager auf den Markt: Damenschuhe mit Musik. Ein winziger Mechanismus, der im Absatz eingebaut ist, ermöglicht das Abspielen einer 3 Minuten langen Melodie. Die bisher gezeigten Modelle begleiteten die Schuhbesitzerinnen auf ihren Wegen mit einer modernen Tanzweise. Man rechnet jedoch damit, daß die geplanten weiteren Verbesserungen dieser Erfindung in absehbarer Zeit ein Auswecheln der Musikwalzer gestatten werden, so daß dann je nach Geschmack etwa der „Triumph-Marsch aus der „Atta“ oder eine ultramoderne Jazz-Komposition eingestellt werden kann. (pk)

Beim Bullen wissen sie's gewiß

Die Bauern einer Gemeinde in der Nähe von Scheinfeld sollten sich entscheiden, ob sie ihre Kühe in der Zukunft künstlich besamen lassen wollten oder nicht. Nach einer heftigen Diskussion sprach sich die überwiegende Zahl dagegen aus. Sie vertraten die Ansicht, „daß sie's beim Bullen gewiß wüßten“ und daher lieber beim alten Verfahren bleiben wollten. (PRD)

„Auf jeder Seite ein Mord“

Gangsterschreiber enthüllt Bluff / Rezept für erfolgreiche Autoren

Vor mehr als fünfzehn Jahren war Jack Bilbo ein gefeierter Mann. Sein Name erschlen in den Schlagzeilen und sein Bankkonto schwoll in ungeahntem Maße an. In München fand sich eine Delegation am Zuge ein — um den Mann zu empfangen, der „für Al Capone geschossen hatte“ und einen der blutrünstigsten und sensationellsten Schauerromane über sein Leben als Leibgardist des amerikanischen Gangsterkönigs geschrieben hatte. Viele Münchener waren angelockt, um den Mann zu sehen, auf dessen Gesicht man die Narben vieler Straßenschlachten zu sehen glaubte. Aus dem Zug aber stieg ein etwas blaßes aussehender Dandy: schwarzer Rock zu graugestreiften Beinkleidern, weiße Gamaschen, weiße Handschuhe, ein Einglas im Auge und einen sehr sauber zusammengepackten Rezenschirm im Arm. War es Jack Bilbo, der berühmte Autor der noch berühmteren Sensations-Story? War es der Gangsters Meisterschütze? Eine Zeitung wagte zu äußern, dieser ein wenig blasse Jüngling könne niemals ein Gangster gewesen sein. Er war ein stiller, zurückhaltend und offenbar ein wenig beschränkter. „Ja, sicherlich“, oder „Das möchte wohl sein“, waren der Beitrag zum Gespräch, das sich auf dem anschließenden Festessen entwickelte und bei dem die Wochenschaukameras surrten.

Eine Pressekampagne setzte ein. Wo das Wort „Schwindler“ nicht direkt ausgesprochen wurde, konnte man es zwischen den Zeilen lesen. Aber die größte Münchener Illustrierte deckte Bilbo. Er war der Gangsterschütze, der Mann aus dem intimen Kreis Al Capones — er hatte eine große Serie geschrieben, die die Auflage der Illustrierten in die Höhe getrieben hatte und die

anschließend in unzählige Sprachen übersetzt und mit den buntesten Buchumschlägen verkauft wurden.

Jetzt, fünfzehn Jahre später, hat Jack Bilbo seinen Bluff entschleiert. „Ich war niemals in Chicago, ich habe niemals Al Capone gesehen“, so gesteht er in seiner soeben erschienenen Autobiographie: „Aber ich habe erkannt, daß ein Mord auf jeder Buchseite äußerst lohnend werden kann!“ Wenn man so will, mag man Bilbos Selbstbiographie als den großen Ratgeber für Schreiber von Dreigroschenromanen werten. Seine Grundregel lautet: „Mord, ja Mord, das ist etwas Feines, das ist etwas Delikates, und vor allem — das macht Geld. Philosophie, Psychologie, Gedanken von Freiheit — das alles ist schlecht. Damit kann man kein Geld machen. Aber ich schoß für Al Capone“, das macht Geld, eine Menge Geld sogar!“ Das vor fünfzehn Jahren ausprobierte Rezept des angeblichen Gangsterschützen scheint auch heute noch akzeptabel zu sein, wenn man die Auslagen der Kioske betrachtet und den reizenden Absatz von Heftchen im Oktavformat, bei deren Lektüre man zwar nicht gern er-tappt wird, die aber dennoch heißhungrig verschlungen werden. Es ist so merkwürdig und so unverstänlich nach einer Zeit, in der das Volkermorden das Gefühl des Genug erweckt haben sollte.

Mit seiner erfundenen Geschichte, die Bilbo als Achtzehnjähriger schrieb und in der er während wüster Schießereien auf dem Papier seine Knabenphantasie austobte, hat er mehr als 80 000 Pfund Sterling verdient, das ist weit mehr als eine Million Mark. „Ein Mord auf jeder Seite“, sagt Bilbo. Das ist das Geschäft! N. F.

Moskau baut eine „Siegesallee“

Moskau baut nicht nur den „größten U-Bahnhof der Welt“, sondern man plant auch eine Art bolschewistischer „Siegesallee“, die alles bisher Dagewesene in den Schatten stellen soll. Ueber fünfzig Monumentaldenkmäler in Marmor, Bronze und Granit werden mitten in Moskau aufgestellt werden. Manche meinen, es sei etwas zu früh, Moskau auf diese Weise zur Denkmalsstadt des Bolschewismus zu machen, aber der Moskauer Novellist Nikolai Virta ist der Ansicht, man habe sich „durch bürokratische Faulenerei“ bereits über Gebühr verspätet.

Felix Dsechinsky, Gründer der Tschechos, steht am Anfang der von Virta aufgestellten Liste. Sergei Kirow, der durch Mord geendete „Gaulleiter“ von Leningrad, folgt. Dann Valerijan Kuisybew, Maxim Gorki, Alexei Tolstol, Anton Tschekow, Michail Lermontow und Wladimir Majakowsky. Der Bühnen-

schriftsteller und Diplomat Alexander Gribojedow, die Kritiker der „alten Gesellschaft“, Vissarion Belinsky, Nikolai Dobrojubow und Nikolai Tschernischewsky. Es folgt Prinz Jury Dolgoruki, der „Gründer Moskaus“ vor 801 Jahren, Feldmarschall Michael Kutunow, der Sieger über die napoleonische Invasion. Valery Tschkalow, der über den Nordpol nach Amerika flog, der Maler Ilya Repin und Konstantin Stanislowsky, der Gründer des Museums der Künste.

Das ist ein Drittel des Reigens, der mit dem Tschechos-Schlichter Derschinsky als Vormann bald die großen Monumente von Stalin und Lenin festlich umgeben soll. Die meisten künstlerischen Entwürfe liegen in „verwirrender Fülle“ vor! Die städtischen Moskauer Behörden und andere federführende Stellen sollen bereits in zahlreiche Kampagnen- und andere Streitigkeiten verwickelt sein. NP.

Das Kriegsoffer

Es läutet. In blauem, zweifelhigem Mantel, eine Soldatenmütze über dem schlanken Gesicht, steht ein einbelliger Bayer vor der Tür und bittet um eine Gabe für die Heimfahrt nach Memmingen.

„El, da schau her“, faucht jetzt der Erste. „Ein Geschäft für Sie, daß Sie das inserieren“, schreibt er und bleibt dabei: „Mich tun's nicht in die Zeitung!“ Den Zettel mit den Personalien will er haben.

Ergebnis: ein Bluffer, der schnorren geht und es mit dem Mittel hält. Einer, dem es nicht gut käme, wollte man für ihn den Kampf mit St. Bürokratie aufnehmen, denn wenn es so wäre, wie er erzählt, hätte er für sich und für alle, die wie er auf Krücken gehen und Klingelknöpfe drücken müssen, Name und Tatsachen hergegeben, damit gewaltig an das öffentliche Gewissen geschlagen werden kann.

Falschmünzer in Massen!

Nach dem Bericht der Kriminalpolizei wurden im Monat Januar 1949 Neuanzeigen aller Art erstattet, unter denen die erstmalig hohe Zahl von 79 Falschmünzervergehen besondere Beachtung verdient. Außerdem wurden u. a. 104 erzwungene Diebstähle, 354 Diebstähle aller Art, 116 Unterschlagungen und 78 Betrugfälle angezeigt.

Der Schwarzhandel hat mit 290 bekanntgewordenen Fällen den gleichen Stand wie im Vormonat zu verzeichnen, und die Zahl der Kraftfahrzeugführer, die wegen verkehrswidrigen Verhaltens angezeigt werden mußten, ist gegenüber dem Vormonat ebenfalls die gleiche geblieben. Dagegen hat sich die Zahl der Anzeigen gegen Radfahrer wesentlich erhöht. Gesunken ist entsprechend die Zahl der Verkehrsunfälle. Diese betragen im Januar 61 gegenüber 93 im Vormonat.

Schaukästen und Schaufenster beraubt

In der Nacht wurden auf der Kaiserstraße zwei Juwelier-Schaukästen erbrochen und daraus Silberwaren im Wert von etwa 600 DM, sowie Uhren und sonstige Silberwaren im Wert von etwa 500 DM gestohlen. In der gleichen Nacht wurde in der Winterstraße das Schaufenster eines An- und Verkaufsgeschäftes eingeschlagen und aus der Auslage ein Lichtbildapparat und ein Prismenglas gestohlen.

Verkehrsunfälle

In der Kaiserstraße stieß ein Lastkraftwagen, als er nach links in die Südliche Hildepromenade einbog, mit einem entgegenkommenden Kraftwad zusammen. Hierbei erlitt der Kraftfahrer innere Verletzungen, während sein Kraftwad be-

5637 Eto-Würfel waren in dem Glas!

55 000 Personen beteiligten sich an dem Preisausschreiben der ETO-Werke

Am gestrigen Nachmittag fand die mit Spannung geladene Wartezeit der Preisträger aus dem Eto-Preisrätsel ihr Ende. Die Firma Grabener hatte im Kaffee Museum ein Baisammenseln arrangiert, das einen würdigen Abschluß ihrer originellen Werbeidee darstellte.

Dr. Stober, einer der beiden Leiter der bekannten Nahrungsmittelfabrik, erklärte in seiner Ansprache, das Unternehmen sei durch zwei Gründe zu dieser Aktion veranlaßt worden. Einmal sollte Eto in den Mauern unserer Stadt bekannter werden, zum anderen sollte den Notleidenden in Karlsruhe wenigstens zu einem Teil geholfen werden. Dr. Stober gab bekannt, daß sich an dem Rätselraten um den Eto-Goldwürfel 55 000 Personen beteiligt haben. Das sind umgerechnet auf die Einwohnerzahl aus jeder Familie zwei Personen. An den von Hill-Fix bedienten Ausschänken von Eto-Brühe wurden 20 000 Tassen dieses Getränks ausgegeben. Daraus ergab sich ein Erlös von 975 DM. Zu dieser Summe kamen bei der gestrigen Veranstaltung 300 DM.

Dem Beigeordneten der Stadt Karlsruhe, Dr. Gutenkunst, übergab Dr. Stober einen Scheck über 1500 DM zugunsten der Karlsruher Notgemeinschaft. Der Redner führte aus, daß durch das Ausschütten und Sortieren der Zuschriften zahlreiche Studenten von Hill-Fix zu einem zusätzlichen Verdienst kamen.

Herr Goetze gab bei der anschließenden Preisverteilung bekannt, daß sich in der Flasche auf dem Markt-

platz genau 5637 Eto-Goldwürfel befanden. Nicht weniger als 13 Personen haben diese Zahl richtig getroffen. So mußte das Los entscheiden, wobei sich Fortuna recht launisch zeigte: Den 1. Preis, und damit einen großen Radio-Apparat, gewann die zwölfjährige Roswitha Schrott aus Durlach-Aue. Sie hatte die Zahl „einfach hingeschrieben“. Das Glas hinter der Pyramide hatte sie nie gesehen. Die weiteren Preisträger gewannen eine versenkbare Nähmaschine, 1 Fahrrad, 1 Reisekoffer usw.; außerdem werden dieser Tage 500 Trostpreise durch Hill-Fix verteilt.

Herr Goetze betonte, bis zum 1. Februar habe niemand die Anzahl der Goldwürfel, die sich in der Flasche befanden, gekannt. Die ganze Aktion sei unter notarieller Aufsicht gehandhabt worden, wo-

durch man jedes „Mogeln“ ausgeschlossen habe. Bei der Auszahlung sei es auf einen einzigen Würfel angekommen. Hätte sich in dem Glas zum Beispiel einer weniger befunden, so könnte man nur eine Person zum Hauptgewinn beglückwünschen. Der Inhalt wurde mit Zahlen zwischen Null und 50 Millionen angegeben. Ein Spaßvogel schrieb: „Zweimal die Hälfte“, andere wollten von Spiegelung und sonstiger Täuschung wissen. Die Veranstaltung im Museum wurde von Hermann Dörlein auf das Geleis der Heiterkeit gesteuert, während die Kapelle Eric Metz die musikalische Unterhaltung lieferte. Als wir das Kaffee verließen, sahen wir eben einen Wagen losfahren, in dem die glücklichen Eto-Gewinner samt Radio, Fahrrad usw. nach Hause gebracht wurden. . . .

Der Rucksack reichte ihnen nicht

Einbrecher, Hehler und Schwarzhändler auf der Anklagebank

Nachdem sie auf einem Spaziergang durch Beiertheim eine günstige Gelegenheit ausgemacht hatten, stiegen der 24jährige Edgar Sch. und der 23jährige Werner E. aus Karlsruhe in der Nacht durch ein damals nur mit Pappe verkleidetes Ladentor in ein Lebensmittelgeschäft ein. Sie füllten einen Rucksack mit Zucker, Butter, Wurstwaren, Trocken- und anderen Lebensmitteln und brachten diese in die Wohnung des Sch. Dann kehrten sie mit einem Fahrradanhänger zum Tatort zurück und beluden ihn mit weiteren Lebensmitteln. Eine große Menge Lebensmittelkarten blieb ihnen dabei auch noch an den Fingern hängen. Unterwegs wurden beide Einbrecher von der Polizei geschnappt. E. stahl später noch eine Hausfrau drei Stallhasen und Sch. ließ irgendwo ein Fahrrad mitgehen. Vor dem Amtsgericht gaben die Beiden ihre Diebstähle zu und machten geltend, sie hätten aus einer wirtschaftlichen Notlage gehandelt. Das Urteil lautete auf je sieben Monate Gefängnis, von denen vier Wochen durch die Untersuchungshaft als verbüßt gelten.

Das Karlsruher Schöffengericht verurteilte gegen elf Angeklagte, die sich wegen Diebstahls, Hehler, sowie Verfehlungen gegen die Wirtschaftsvorschriften zu verantworten hatten. Drei Bäcker, der 25jährige Willi B. aus Karlsruhe, der 20jährige Egon Sch. aus Ettlingen und der 23jährige Werner G. aus Karlsruhe, hatten im Februar vorigen Jahres in einer Bäckerei in Karlsruhe, in der sie beschäftigt waren, nacheinander 15 kg Margarine, 25 kg Butterschmalz, 15 kg Trockenmilch, 5 kg Zucker, 5 kg Mehl, sowie je 5 kg Nudeln und Zwieback entwendet, die unter Mitwirkung der Mitangeklagten am schwarzen Markt zu überpreisen abgesetzt wurden. Das Schöffengericht verurteilte Willi B. zu 9 Monaten Gefängnis und 500 DM, Egon Sch. zu 8 Monaten und 500 DM, Werner G. zu 3 Monaten Gefängnis, den 47jährigen Georg Sch. zu vier Monaten und 200 DM, die 30jährige Elsa M. zu 2 Monaten Gefängnis. Die übrigen Angeklagten wurden zu mehrwöchigen Gefängnisstrafen und empfindlichen Geldbusen verurteilt. Den 27jährigen Hans A. sprach das Gericht frei, ht.

Aus dem Tagebuch der Fächerstadt

Sprechstunden des Gemeindefunksekretariats Hagfeld-Rintheim. Dem Wunsche der Bevölkerung des Stadtteils Rintheim entsprechend, wird das Gemeindefunksekretariat Hagfeld-Rintheim wöchentlich, jeweils mittwochs, im Raum der Polizeiwache Rintheim, Huttenstraße, eine Sprechstunde abhalten.

An den Gewerbelehranstalten I, II, III, wird ab Montag, dem 14. Februar, für alle 1., 2., 3. und 4. Klassen wieder der volle Unterricht nach dem ordentlichen Stundenplan durchgeführt.

Die nächste Märchen- und Geschichtenstunde für die „Großen“, Kinder von 10-14 Jahren, findet am Mittwoch den 16. 2., um 15 Uhr, im Jugendzimmer der Volksbücherei (Alter Bahnhof) statt. Efriede Hassenkamp Nest Neues aus der Jugendliteratur.

Die Karlsruher Puppenspiele, So-fienstr. 58, bringen am Sonntag, 14.30 Uhr, die Spukgeschichte eines Hotels, in dem Kasperle wohnt, zur Aufführung. Um 16 Uhr folgt dem Puppenspiel: „Die drei Wünsche der Prinzessin“.

Die KPD hat in ihrem Parteibüro, Karlsruhe, Amalienstraße 69, jeden 2. und 4. Mittwoch im Monat, in der Zeit von 18 bis 20 Uhr, Sprechstunden für die Neubürger eingerichtet, in denen allen Neubürgern Rat und Hilfe erteilt wird.

Die SAZ gratuliert! Die Eheleute Wilhelm Kühn, Karlsruhe, Eisenlohrstr. 33, konnten am 7. Februar 1949, das Fest ihrer goldenen Hochzeit begehen. Der Oberbürgermeister ließ dem Jubelpaar die herzlichsten Glückwünsche nebst einer Ehrengabe übermitteln.

Karlsruher Marktbericht

Kleinviehkaufpreise am 9. Februar 1949 in Pfennigen je 500 Gramm: Speisekartoffeln 80, Rosenkohl 100-150, Winterkohl 15-25, Weißkraut 10-12, Wirsing 20-25, Spinat 35-40, Gelberüben 10-12, rote Rüben 10-12, Butterrüben 10, Kohlrabi Stück 7-10, Schwarzwurzeln 70-140, Lauch 20-35, Kressensalat 160, Feldsalat 160, Sellerie 60-80, Meerrettich 100-160, Rettiche 5-20, Zwiebeln 20-25, Sauerkraut 25, Topfapfel 50-80, Kochäpfel 45 bis 45, Orangen 33, Zitronen 35-36.

AUS DEM RUNDFUNKPROMGRAMM

Freitag, 11. Februar
Stuttgart: 12.30 Prozesse d. Zeit; 14.00 Schulfunk: Was soll ich weinsten!; 14.30 R.O. Schulfunk: 15.50 Börsenkurs; 16.45 Kulturumschau; 17.00 Pflanzert um neue Bäume; 17.15 Sonate f. Violine u. Klav. v. N. Lopatinow; „Al Italia“ v. Bionni; 18.00 Zum Zeitgeschichten; 20.00 Aus romantischen Opern; 22.00 Tanzmusik; 23.00 Musik unserer Zeit; 7. Streichquartett op. 96 v. E. Krenek; 3. Stücke f. Klarinette allein v. I. Strawinsky; Rhapsodie sinfonica f. Klav. u. Streicher v. J. Turina; Orch.-Variationen ü. ein Thema v. Paganini v. B. Blacher. — **Studio Karlsruhe:** 13.00 Echo aus Baden; 13.15 Musik nach Tisch; W. Christ's Swing Five u. E. Beyerlin; Vibraphon; 21.15 „Land meiner Seele“, Hörfolge um Leben u. Werk des hochschristlichen A. Fendrich (H. Reich). — **Südwestfunk:** 20.45 Kammermusik; Violinsonate v. R. Strauss, Trio f. Violin, Cello u. Harfe v. Beethoven.

Vorübergehend: Bernburg
Vorhersage des Amtes für Wetterdienst Karlsruhe, gültig bis Samstag, 13. Februar: Am Freitag tagüber wechselnd bewölkt mit Höchsttemperatur von 5 bis 6 Grad. In der darauffolgenden Nacht vielfach klar, Frost von minus 2 bis 6 Grad.

Offener Brief

an den Herrn Intendanten von Radio Stuttgart

Sehr geehrter Herr Intendant! Obwohl oft genug Anlaß ist, hinsichtlich der Programmgestaltung von Radio Stuttgart mißbilligend den Kopf zu schütteln, sind meine Bevölkerungskreise dafür dankbar, daß der Zeit und dem Volksempfinden angepaßte Sendungen an der Tagesordnung sind. Es ist aber als eine grobe Taktlosigkeit zu bezeichnen und auf das Entschiedenste zu verurteilen, daß Radio Stuttgart am Tage der Beisetzung des verstorbenen Finanzministers dem Charakter dieses Tages in keiner Weise Rechnung getragen hat. Für diese unverständliche Haltung gibt es keine Entschuldigung. Der Schreiber dieser Zeilen ist mit dem verstorbenen Finanzminister weder verwandt noch verwandt, ist aber dafür, daß ein Sender von der Bedeutung von Radio Stuttgart in seinen Sendungen Niveau zeigt. Das war am 8. ds. Mts. nicht der Fall, denn Schläger- und Opernliedern passen nicht zu einem Tag, an dem einer bedeutenden Persönlichkeit durch einen feierlichen Staatsakt die letzte Ehre erwiesen wird. Ich bin davon überzeugt, daß wäre in Stuttgart ein Minister beigesetzt worden, mehr als die Hälfte von Radio Stuttgart zur Trauermusik zu hören gewesen wäre. Auf Ihren Beihilfungsversuch bin ich gespannt. Oder sollten wir Baden den Stimmen Gehör geben, die gar nicht so unehrlich, für Baden einen eigenen Sender zur besseren Vertretung ihrer Belange fordern?

gez.: Gustav Jäg, Karlsruhe, Ludwig-Maximilians-Str. 31.

Aufruf eines Schnupfendes

Leut. Mitteilung der Verwaltung für Wirtschaft vom 1. 2. 1949 wird mit sofortiger Wirkung der Abschnitt Z 203 der Lebensmittelkarten 11, 14, 21, 24, 31, 34, 41 und 44 für Januar/Februar 1949 mit dem Wert eines Schnupfendes aufgeführt.

Hohe Strafen für Bausünder

Nach einer Verlautbarung der Stadtverwaltung ist es seit Kriegsende bei vielen Bauherren, Bauhandwerkern und Bauleitern üblich geworden, sich über die geltenden Bauvorschriften hinwegzusetzen. Baulen werden ohne baupolizeiliche Genehmigung begonnen, teilweise entgegen den genehmigten Plänen ausgeführt, wobei die einfachsten Grundregeln eines anständigen Bauens oft nicht beachtet werden. Die von den Gerichten bisher verhängten Strafen stimmen aus vielerorts als geringfügige Unkosten hin und rechnen sie gleich in den Baukostenaufwand mit ein. Das Aufgebot vom 18. 8. 1948 gibt den Bauherren die Möglichkeit, mit schärferen Mitteln die Baupolizei zu erzwingen. Bauherren, Architekten, Baumeister, Bauunternehmer und Bauhandwerker können künftig bei Zuwiderhandlungen gegen die baupolizeilichen Vorschriften und gegen die Anordnungen der Bauaufsichtsbehörden zu Gefängnis (bis zu zwei Jahren) und zu Geldstrafen bis 20 000 DM verurteilt werden.

Feldbischof Sturm spricht

Der transsilvanische Feldbischof Marcel Sturm wird am Sonntag, den 13. 2., 20 Uhr, in der Karlsruher Christuskirche über das Thema „Die Kirche Christi auf dem Weg zur Einheit“ sprechen. Feldbischof Sturm, der auch in der Ökumenischen Bewegung führend tätig ist, hat sich wiederholt, zuletzt auf die Symbolik der EKD in Bethel, für eine deutsch-transsilvanische Verständigung eingesetzt.

Sechsmonatsfrist für Versicherte

Der Verband der Lebensversicherungsunternehmen war in einer kürzlichen Koordinierungssitzung der Ansicht, daß Kriegsgefangene, im Ausland Internierte und Vermisste, die nach dem 31. 12. 48 entlassen wurden oder werden, ihren Anspruchs auf dem Versicherungsvertrag nicht verlustig gehen, wenn sie innerhalb von sechs Monaten nach ihrer Entlassung das Verlangen, die Versicherung fortzusetzen, ihrer Versicherungsgesellschaft mitteilen.

Eine Eigenheim-Modellschau

Die Städtische Sparkasse Karlsruhe veranstaltet in Verbindung mit der Badischen Landesbausparkasse, am Sonntag, den 13. Februar, in den Schallerräumen der Stadt, Sparkasse am Marktplatz eine Modellschau. Besonderem Interesse dürfen dabei die Pläne eines „wachsenden Hauses“ begegnen, das zunächst als Kleinwohnbau mit wenig Material und Kosten erstellt wird und nach Besserung der Vermögenslage in mehreren Bauabschnitten zu einem praktischen und schönen Eigenheim erweitert werden kann.

Der Mensch hinterm Stacheldraht

Prof. Dingler behandelte Probleme der Gefangenschaft und Heimkehr

Es ist schwer, heute schon über das Problem Kriegsgefangenschaft zu sprechen, da Gefangenschaft in der Ferne noch als Geschichte sich vollzieht an den Hunderttausenden, von denen wir wissen, daß sie leben, an den vielen, von denen wir nicht wissen, ob sie noch leben. Mit diesem Vorbehalt glog Professor Dingler, Marburg, der kürzlich in der Karlsruher Christuskirche über das Thema „Der Mensch hinterm Stacheldraht“ sprach, an seine schwere Aufgabe heran.

Der Schritt durch das Tor in die Gefangenschaft hinein war die entscheidende Krise für jeden Menschen und war ein Erlebnis, das selbst das Erlebnis der großen Schicksale im Westen und Osten überdeckte. Die im wahren Sinne des Wortes körperliche Reibung brachte auch geistige und seelische Reibungen und Spannungen, die sich kaum schildern lassen. Der Zwang zur Selbsterhaltung wurde die Triebkraft zum Handeln der Menschen. Jeder wollte für sich die Heimkehr erkämpfen, für sich selbst das Leben retten. Das ist der

Hintergrund für die Feststellung, daß es in der Gefangenschaft keine Moral gab. Ebenso offen, wie er über das Erlebnis der Gefangenschaft gesprochen hatte, sprach Professor Dingler auch über das Problem der Heimkehr, das für ihn ein Teil der Gefangenschaft ist. Die Heimkehr ist zunächst die Erfüllung aller Sehnsucht, der aber bald die Enttäuschung folgt. Der Heimkehrer erschrickt bei dem Versuch der Daheimgebliebenen, an dem wieder anzuknüpfen, was vordem war. Er empfindet die große Diskrepanz zwischen Worten und Taten auf wirtschaftlichem und politischem Gebiet und — auch bei der Kirche. Die Tausende die bei diesem Vortrag die Christuskirche füllten, hatten vielleicht mehr Einzelheiten aus dem Leben in russischen Gefangenenlagern erwartet. Sie werden dennoch ihren Gewinn von diesem Abend gehabt haben, denn irgendwie sind wir ja alle Menschen hinterm Stacheldraht, Menschen, denen der Selbsterhaltungstrieb Leitmotiv ihres Handelns geworden ist.

AUS DEN KONZERT-UND VORTRAGSÄLEN

Was Hans Spengler in seinem Cello-Abend an gefälliger und zuverlässiger Technik zeigte, steht außer Diskussion. Ebenso die Frage des Tones, eines kultivierten, dezanten Tones, der zwar der Größe, mehr noch der Geschmeidigkeit mitunter etwas entbehrt, indessen den Geboten eines gepflegten Kammermusikstiles mit exaktem Strich und außergewöhnlich subtilen Einstimmungsvermögen in vorbildlicher Weise zu entsprechen vermag. Die Interpretation als solche wäre unangreifbarer Ausführungen würdig. Einerseits, im Vordergrund, die Malerei des Details; gekonnt, warm empfunden, wenn auch im wesentlichen herb. Andererseits der Versuch, das großen Zusammenhang, die Linie, durch spannkraftige Impulse lebendig zu gestalten. Wenn dieser Versuch vorderhand auch im großen und ganzen noch nicht immer klar geist wird werden konnte und auf wenige Momente beschränkt blieb, so wollte uns doch schmecken, daß gerade hier im Augenblick des gesteigerten persönlichen Mitgefühls — erschütternd, wie Spengler dann packt — ein Ansatz für weit Beständeres liegt. — Dies und die ursprüngliche musikalische Werkerfassung des Cellisten ließen aufhorchen. — **Daß ein Autor seine Reitationsabend gern in einem musikalischen Rahmen kleidet, ist verständlich, weil dadurch nicht nur der programmatische Verlauf einer solchen Veranstaltung angenehmer aufgelockert, sondern auch dem gesprochenen Wort eine tonmalerische Ausdehnung gegeben werden kann, die den inhaltlichen Grundgedanken des Gedichtes stärker charakterisiert. Den musikalischen Spiegel, den Hans York seinem Reitationsabend vorgesetzt hatte, bildeten von Stefan Mozzi interpretierte kleine Klavierwerke von Grieg, Tchaikowsky, Sibelius und Chopin. Nichts gegen diese**

hervorragenden Musiker, die der Weltso unvergänglich schöne Werke hinterlassen haben. Wer aber ein wenig mit den musikalischen Gefühlen vertraut ist und aus der getroffenen Auswahl der Tonstücke Rückschlüsse zu ziehen vermag, dem war von vornherein auch der didaktische Kern klar, der diese kleinen Kaffeehaus-Salonstücke wie Griegs süße „Morgenstimmung“ und die kleine Heinkelmannsode „In der Halle des Bergkönigs“ umkleidet. Nach dem Gehörten zu urteilen, könnte man den Reitationsabend nun mit einem Satz umreißen, handelte es sich hier nicht um einen jungen Künstler der Feder, der offensichtlich stehend bemüht ist. Was er sucht, sind Verse mit den melodisch rartigen Bögen eines Rilke oder Carossa. Wora es ihm gebricht, ist der hierzu notwendige Wortschatz und dessen sinnvolle Verwendung, die diese Atmosphäre schafft. Seine Gedichte sind von einem gewissen Dualismus gepollt und von starkem Hin- und Herwenden. Stimmungsreflexion durchzieht die ihr harmonischen Ebenmaß — und daraus geht es York — stark in Mitleidenshaft ziehen. Er ergibt sich daraus der Gesamteindruck, daß der Verfasser ein von starkem Gefühl überschwapung durchpflanztes Gemüt ist, der sich noch geistig klären muß, um das zu erreichen, was ihm vorwuchert. Der Gewinn des Abends lag darin, die Anwesenden von seinem Talent überzeugt zu haben.

Der Volkshund für Dichtung veranstaltet am Sonntag, 13. Februar, um 19.30 Uhr, im Schellertmuseum, eine öffentliche Dichterlesung, in deren Rahmen der bekannte Filmschauspieler Rudolf Fernau, Stuttgart, „Winters Leiden“ von Goethe sprechen wird.

HANDEL UND WIRTSCHAFT

Zufriedenstellende Reichsbahn-Entwicklung
Frankfurt a. M. (SAZ) Die Einnahmen und Ausgaben der Deutschen Reichsbahn in der Doppelzone entwickelten sich im ersten Monat des neuen Jahres durchaus normal.

1000 Mill. Dollar Importe für Westdeutschland 1949
Die JETIA gab bekannt, daß im Jahre 1949 Einfuhren für die deutsche Wirtschaft im Werte von über 1000 Mill. Dollar geplant sind.

Anzeichen vorhanden sind, daß die Exporterlöse sich auf rund 1000 Mill. Dollar belaufen werden.
Es wird jedoch darauf hingewiesen, daß dieser Betrag nicht nur in Dollars angelegt werden soll.

Der Sport am Sonntag

Oberliga, 13. II.: SC Augsburg - 1860 München (1:2) - 1. VfB Mühlburg - Rodeheime (5:1) - 1. VfR Mannheim - 05 Schweinfurt (0:3, 1:0, 0:2); Ulm 46 - Kickers Stuttgart (1:6, 0:1, 2:2); Kickers Offenbach - Schw. Augsburg (3:0, 0:0, 1:2); FSV Frankfurt - 1. FC Nürnberg (1:2, 1:1, 2:3); VfB Stuttgart - SV Waldhof (3:2, 4:0, 3:2); Bayern München - Eintracht Frankfurt (1:4, 2:2, 1:2).

Handball
Verbandsliga: Ketsch - VfL Neckarau, St. Leon - Rot. Bulach - Birkenau.
Gruppentage Süd: Linsheim - Odenheim, Grünwinkel - Ettlingen, Kronau - Rinsheim.
Bezirksklassen, St. 3: Ispringen - FSVV Karlsruhe, KTV 46 - Knielingen, - St. 4: Pflingsberg - Grötzingen, Hochtiefen - Bruchsal.

GLORIA AM SONNENPLATZ RUF 882
DER GLOBALE CEIGER
mit Marie Adergast, Paul Hübiger, Hans Moser
Täglich 13.00 15.00 17.00 19.00 21.00 Uhr

Heute zum Wochenende
Herren-Nachthemd DM 18.50 (weiß Linon)
Hollenschläger
Douglasstraße 5

glückliche Radiohörer durch unser Radiogerät für nur DM 105.-
Radio Freytag
Kapistr. 32

NARZISS der unfreiwillige Flieger
Eine urkomische Millionär-Burleske mit Kellys.
in deutscher Sprache.
Erstaufführung: Täglich 11.00 - 12.00 - 15.00 - 17.00 - 19.00 (Cl.) 21.00 (Cl.) 23.00 Uhr.

DANIELLE DARRIEUX in
Adieu Chérie
Ein pikaresker, witziger, packender Film um das Schicksal einer Einbinderin.
Täglich 13.00, 15.00, 17.00, 19.00, 21.00 Uhr

DER HIMMLISCHE WALZER
Ein heiterer Film aus der Welt der Wiener Musik mit Elfe Mayerhofer, Paul Hubstschmid.

SKALA Wa. 15.00 - 17.30
Kas-Burlesch, Ruf 180 20.00 U. So. 13.15 15.30-17.45-20.00
CARMEN
Ein Liebeslied unter dem heißen Himmel Spaniens, voller Glut und Leidenschaft mit Viviane Romance, Jean Marais

MARKGRAFEN - Theater Durlach
Claudeette Colbert, Fred MacMurray in „Das Ei und ich“.

METROPOL Neckarstr. 32
„Herrkäse“ (Ein Walter in's Glück).
Regien: 18. 19. 20 Uhr. Samstag nur 19. und 20 Uhr. Märchenvorstellung: „Frazz Heller“, Samstag 14 und 16 Uhr. Sonntag nur 14 Uhr.

Karlsruher Ruderverein (K. R. V.) 1879 „Wicking“
FASCHINGS-BALL mit Prämierung der schönsten Kostüme am Freitag, den 11. Februar 1949, 20.00 Uhr, im KAFFEE MUSEUM

DNM-Schuh- u. Kleiderbörse
Verkauf - Tausch - Kauf
Schuhe, Bekleidung, Wäsche, Hausrat usw.

FIEBER-THERMOMETER mit Hilfe DM 2 50
Rosenthal
Kriegstraße 76 Ruf 1419

Antliche Bekanntmachungen
Wiederentnahme des Unterrichts auch an den kleinsten Gewerbe-Lehranstalten I, II und III
Ab Montag, dem 14. ds. Mts. wird für alle I., 2., 3. und 4. Klassen wieder der volle Unterricht nach dem amtlichen Stundenplan durchgeführt.

Weihnachtsfeierbackwaren
Weihnachtsfeierbackwaren können neben der Abgabe auf Zw.-Abschnitte ab sofort auch auf W.-Abschnitte ausgegeben werden.

ETO PREISAUSSCHREIBEN
Das Rätsel ist gelöst!
Das Schauglas auf dem Marktplatz enthielt 5637 ETO-Goldwürfel
Aus über 35 000 Einsendungen gingen folgende glückliche Gewinner hervor:
1. Preis: 1 Super-Radio „Siemens“
2. Preis: 1 Nähmaschine, Marke „Gritzner“
3. Preis: 1 Markenfahrrad, komplett
4. Preis: 1 eleganter Reisekoffer
5. Preis: 1 Kaffeeservice für 12 Personen
6. Preis: 1 elektrisches Walleisen
7. Preis: 1 elektrisches Bügeleisen

Zinser-Hochdruck-Schweißapparat
neu, für 2 kg Füllung, komplett mit Schweiß- und Schneidgerät, samt Halter zu verkaufen.

Stellen-Angebote
Damen u. Herren z. Verkauf hyg. Artikel i. all. Orten ges. Tagesverdienst bis 25 DM. 20 31 171 an SAZ Khe.
Fräulein für Geschäft - Haushalt zum sof. Eintritt ges. 22 31181 SAZ Khe.
Damen für den Vertrieb eines hyg. Artikels gesucht. Höher Verdienst. Angebote u. A 282 an SAZ Pforzheim. W

Immobilien
Zweifamilienhaus
In guter Wohnlage von Karlsruhe, mit 124 Zim.-Wohnungen, eingebautem Bad, Zentralheizung, Garten u. Garage etc., besonders geeignet für 15 000 DM Anzahlung zu verkaufen durch Immobilienmakler
M. Kübler & Sohn
Yardstr. 14. Tel. 811.

Martial Schnittmuster Mappen
Neue Modelle in Buntdruck mit Schnittm. für Erwachsene und Kinder in allen Größen
6 verschiedene Mappen
Einzelmappe nach Wahl DM 1.50
Alle 6 Mappen zusammen DM 8.-
Man verlange Preisliste
Alber's-Verlag - zwei Großstädte

Diese Woche gut! Preiswert!
Heringsstipp 1.15
Fruchtmus 1.00
Haushaltmischg. 1.10
Apfelmus 1.80
Kaffee-Puder 0.50
Goldbrand 5.95
Kaffeekör 8.00
Cherry Brandy 8.00
PFANNKUCH